Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. **Bezugspreis** halbmonatl. 48 000 M. frei Haus, fällig bei Vorzeig. der Quittung; Abweisung nur statthaft bei Aufsage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. halbmonatl. 47 000, wöchentlich 24000 M. — **Postbezug** monatlich. — Einzelnummer 4000 M., bei 8 Seiten 5000 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Krieg, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem **Amtsblatt der Stadt Merseburg**

der wöchentl. Unterhaltungsbeilage **Am häuslichen Herd** und dem monatl. erscheinenden **Chronist von Merseburg**

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 2000 M., im Reklameteil 8000 M., für Ziffernanzeigen und Nachweisungen 6000 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 178 — **Mittwoch den 1. August 1923.** — **50. Jahrg.**

Was uns nottut!

Für die innerpolitische Krise, die von einem Teil der Presse in den letzten Tagen als Gespenst an die Wand gemalt worden ist, liegt gar kein Anlaß vor. Eine Krise besteht auch, parlamentarisch gesehen, nicht. Denn der Hintergrund der parlamentarisch-politischen Lage ist die Währungsnote vom 14. November 1922, die vom Kabinett Wirth verfaßt, von der Regierung Cuno als Richtschnur für ihre Politik genommen wurde. Diese Note war zustande gekommen auch unter der Mitarbeit der heute in der Opposition stehenden Parteien. Gleichfalls wird die außenpolitische Linie, die das Kabinett Cuno seit dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet eingenommen hat, von allen Parteien bis einschließlich der Deutschen Volkspartei nach rechts und einschließlich der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei nach links gut geheißen. Diese so festgelegte außenpolitische Linie ist aber der Schwerpunkt unserer gesamtpolitischen Lage, so daß, von hier aus gesehen, kein Grund zu einer Regierungskrise oder gar parlamentarischen Krise vorliegt; ganz abgesehen davon, daß eine solche Krise uns im Moment nur schaden kann. Völlig getrennt davon ist die Frage zu entscheiden, ob wir an dem Zeitpunkt angekommen sind, der eine Erweiterung der parlamentarischen Tragfläche der Regierung erheischt. Diese kann nur in der Richtung der Großen Koalition liegen.

Wenn nun trotzdem in der Presse gegen das Kabinett, insonderheit gegen einige seiner Mitglieder, Vorwürfe erhoben werden, so sind diese sachlich berechtigt. Es ist nicht wahr, daß solche Vorwürfe uns außenpolitisch schädigen und die Regierung diskreditieren; denn im Ausland pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß unsere verantwortliche Politik es an der nötigen Initiative hat fehlen lassen. Man darf wohl annehmen, daß der Regierung durch Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern in der letzten Zeit nahegelegt worden ist, mehr Tatkraft zu zeigen. Es spricht im Gegenteil für die außenpolitische Disziplin der deutschen Presse, daß sie bisher darauf verzichtet hat, in aller Öffentlichkeit Vorwürfe gegen die Regierung zu erheben, nachdem man schon wochenlang in der gerade uns gegenüber objektiv eingestellten Presse des Auslandes diese Vorwürfe lesen konnte.

Es ist verständlich, daß die Kritik sich in erster Linie gegen die Regierung gewandt hat; es ist aber ebenso richtig, daß von dieser Kritik der Reichstag mit betroffen ist. Ja, hier hat überhaupt der Hebel einzusetzen.

Diese Erkenntnis führt dazu, daß die parlamentarisch verantwortlichen Kreise ein Manko an politischer Einsicht und rechtzeitiger Entschlußkraft für sich buchen können. Geht man den Ursachen dieses Mangels an politischer Initiative nach, so wird man notwendigerweise zu einer Kritik unserer Parteien selbst geführt. Derselben Parteien, die die Wahlpropaganda zu dem jetzigen Reichstag gemacht haben. Diese Parteien sind schablonenmäßig aus einer aristokratischen Republik (1871 bis 1918) in eine demokratische Republik (seit 1919) übernommen worden; sie befinden sich allesamt in einem inneren Umschichtungsprozeß, der allein schon durch die verschiedene politische Lage und Struktur des Deutschen Reiches bedingt ist. Neben der personellen Zusammensetzung des Reichstages ist letzten Endes die überlebte und von der politischen Entwicklung überholte Parteigruppierung die Ursache unserer Krankheit. Sicher finden sich heute in allen politischen Parteien Männer, die bereit sind, die größte Verantwortung zu übernehmen für eine konsequent durchzuführende Staats- und Volkswirtschaftspolitik, wenn nicht die — veralteten Parteischranken, eine zu weit getriebene Parteidisziplin sie an die Parteiprogramme bänden. Dies ist, nebenbei gesagt, auch der Grund, weshalb die politisch nüchtern denkende Jugend den Parteilagern der Mitte fernbleibt. Es wird ihnen eines Tages der Nachwuchs fehlen, und sie werden dann notwendigerweise von den Flügelgruppen zerrieben werden. Es ist deshalb die Aufgabe dieser Männer, die Parteirücksichten dort außer acht zu lassen, wo die politischen Notwendigkeiten es erfordern. Wo heute noch Opposition ist, muß morgen Regierungsmöglichkeit sein, d. h., die Opposition muß Verantwortungsbewußtsein bekommen.

Was uns nottut, ist nichts anderes, als daß jene Männer sich zur Führung einer unserer politischen Lage gerecht werdenden Politik zusammenschließen, sich über die Parteigrenzen hinaus die Hände reichen. Sie werden es tun müssen, wenn sie vor ihrem Gewissen bestehen wollen; denn nur seinem eigenen Gewissen ist der Volksvertreter verantwortlich, andere Auftraggeber gibt es für ihn nicht, auch seine Wähler sind keine. Gelingt ein derartiger Zusammenschluß, dann braucht man auch keine Sorge zu haben, daß eine Finanz- und Wirtschaftspolitik befolgt wird, die zu unerträglichen Konsequenzen führt. Der Wille zur Nation muß sich in erster Linie in dem legislativen Staatsorgan verkörpern, die dauernde Wechselwirkung zwischen dem Gemeingeist eines Volkes und der Individuen sorgt dann schon von selbst dafür, daß dieser Wille sowohl in der Gesamtheit wie in der Einzelperson wach bleibt.

Heute, am 1. August, vor neun Jahren, war der erste Mobilmachungstag für das deutsche Volksheer. Damals waren Staat und Vaterland, Volk und Nation zu einer selbstverständlichen Einheit jedem Deutschen verschmolzen; sorgen wir dafür, daß uns dieses Bewußtsein trotz gänzlich veränderter Lage wiederkehrt; denn nur dann wird das Deutsche Reich lebensfähig bleiben. R.

*

Starke Regierung.

Hamburg, 1. Aug. Senator Dr. Petersen, der Führer der Deutschen Demokratischen Partei, schreibt im „Hamburger Fremdenblatt" am Schluß eines Leitartikels: „Alle Parteien, die bereit sind, im Interesse der Gesamtheit und einer einmütigen Willensbildung ihre Sonderwünsche und ihre parteipolitischen Ansprüche zurückzustellen, müssen die volle Verantwortung übernehmen. Daher wünsche ich mir eine Stärkung der Regierung; sie möge ihr Programm klar, unzweideutig darlegen, sie möge beweisen, daß sie entschlossen ist, dieses Programm schnell und ohne Hemmungen durchzuführen und möge dann den Reichstag in den nächsten Wochen vor die klare und unzweideutige Entscheidung stellen, ob er gewillt ist, ihr das Vertrauen in verantwortlicher Mitarbeit zu erhalten oder zu entziehen."

England wird allein antworten!

London, 1. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) In der gestrigen Sitzung des Kabinetts, in der die Reparationsfrage erörtert wurde, soll Einigkeit darüber erzielt worden sein, daß die französische und belgische Note keine Aussicht auf das Zustandekommen einer gemeinsamen Antwort an Deutschland hoffen lasse. Um diese Antwort im Parlament am Donnerstag besser begründen zu können, will die Regierung bis Donnerstag morgen alle Schriftstücke, die zwischen den Alliierten ausgetauscht worden sind, als Weißbuch drucken lassen.

In unterrichteten politischen Kreisen wird allgemein angenommen, daß das Kabinett wahrscheinlich beschließen wird, den englischen Entwurf einer Antwortnote an Deutschland nur mit der Unterschrift Englands nach Berlin zu schicken.

Italien wird eine gesonderte Antwort an Deutschand senden, weil die italienische Regierung den Standpunkt vertritt, daß eine befriedigende Regelung der Reparationsfrage nur dann erreicht werden kann, wenn gleichzeitig die Frage der interalliierten Schulden geregelt wird, während die englische Regierung zuerst eine Regelung der Reparationsfrage fordert, der dann Verhandlungen über die Schulden- und Sicherungsfragen folgen können.

Die Tagesordnung der ersten Reichstagssitzung.

Berlin, 1. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung, die für Mittwoch den 8. August, nachmittags 3 Uhr, anberaumt ist, steht vorläufig die erste Lesung des Rhein- und Ruhr-Opfers und der Entwurf eines Steuerzinsgesetzes. Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen Steuervorlagen und die Goldanleihe, die in diesen Tagen die endgültige Fassung durch das Reichskabinett erhält, ebenfalls auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen werden. Voraussichtlich wird nicht nur der Reichsfinanzminister Dr. Hermes diese Vorlagen als Reforminister begründen, sondern wahrscheinlich wird auch der Reichskanzler selbst das Wort ergreifen, um die Auffassung der Regierung über die allgemeine innen- und außenpolitische Lage vor dem Parlament zu vertreten.

Die vom Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Unterredung mit dem Reichskanzler Cuno beauftragten Vertreter werden heute nachmittag von dem Reichskanzler empfangen werden. Zur Erörterung steht die allgemeine innen- und außenpolitische Lage.

Frankreichs Interesse an der Krise.

Paris, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Die Berliner Berichterstatter der Pariser Presse beschäftigen sich eingehend mit der inneren Lage in Deutschland und jagen alle eine Krise des Kabinetts Cuno voraus. Der Mitarbeiter des „Echo de Paris" meint, Deutschland befinde sich augenblicklich in einer jener tragischen Lagen, in denen die Charakterstärke eines Volkes sich beweise. Es sei die Stunde, wo, um ihr Land zu retten, energische Männer plötzlich auftreten und mit fester Hand das Steuer eines Schiffes ergreifen, das dem Abgrund zufährt. Für Deutschland seien Männer von Wert notwendig. Aber diese Nation von 60 Millionen Einwohnern, so schreibt der Berichterstatter, gibt der Welt das Schauspiel ihrer politischen Ohnmacht und Mittelmäßigkeit. Kein Mensch von Genie erscheint am Horizont, um das Land zu retten. Die Deutschen haben sich als Großindustrielle, als Erfinder und Gelehrte erwiesen, aber der politische Sinn fehlt ihnen vollkommen. Sie haben noch nicht das Joch abgeschüttelt, unter das die Herrschaft des Kaisertums sie gebeugt hatte. Der einzige Mensch, heißt es in der Meldung, der vielleicht die Lage ändern könne, sei Dr. Stresemann. Aber hierzu müßte er die notwendige Macht haben, um die nationalistische Meute in Stich zu halten. Stresemann hat oft die Notwendigkeit einer Einigung mit den Sozialisten betont. Er ist der einzige Mann, der augenblicklich die große Koalition auf die Füße stellen könnte.

Möbelraub bei Zechendirektoren.

Essen, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Die Franzosen haben heute eine Reihe von Zechendirektoren zur Einziehung von Geldstrafen gepfändet. Eine Anzahl von Lastkraftwagen fuhr vor den Privatwohnungen der Betroffenen vor und schaffte die Möbel fort.

Kabinettsumbildung in Jugoslawien.

Belgrad, 1. Aug. (BTB.) Ministerpräsident Pasitsch unterbreitete dem König den Antrag auf Rekonstruktion des Kabinetts.

Dollar unverändert.

Berlin, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Der amtliche Dollarkurs stand heute mittag auf 1 100 000 Mark.

Regierung und Sozialdemokratie.

Breslau, 1. Aug. Zu der Frage der Regierungsumbildung und eines möglichen Eintritts der Sozialdemokratie in das Kabinett nimmt die dem Reichstagspräsidenten Löbe nahestehende Breslauer „Volkswacht" Stellung. Von Interesse ist der von der durch Hermann Müller im Berliner „Vorwärts" vertretenen Ansicht abweichende radikalere Standpunkt. Das sozialdemokratische Organ glaubt zwar auch, daß im gegenwärtigen Augenblick angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament und im Volke selbst doch eine bürgerlich-sozialistische Koalition notwendig ist, da eine Regierung ohne breitere parlamentarische Grundlage zur Schaffung sofort notwendiger Rettungsmaßnahmen kaum die erforderliche Kraft haben würde, erklärt jedoch, daß die Sozialdemokratie nur dann in die Regierung eintreten könne, wenn ihr von den anderen Parteien ein klares Regierungsprogramm mit den Hauptpunkten: sofortige Maßnahmen zur Erfassung der Sachwerte und sofortige Antragstellung auf Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zugestanden würde.

Zur innerpolitischen Lage.

Fortsetzung der Besprechungen über die Ernährungslage.

Berlin, 1. Aug. Gestern fand unter Vorsitz des Kanzlers eine eingehende Besprechung der gesamten Ernährungslage und der Versorgung der Städte mit den Vertretern der Organisationen statt, an der der Reichsernährungsminister und andere Kabinettsmitglieder teilnahmen. Nach den übereinstimmenden Äußerungen der Vertreter der Landwirtschaft kann mit einer guten Brotgetreideernte gerechnet werden. Ferner bestehe begründete Hoffnung auf baldige Besserung der Kartoffelversorgung. In der Frage der Fettversorgung bestehen besonders wegen der Devisenbeschaffung für die Auslandslieferungen Schwierigkeiten. Die Verhandlungen über eine Erleichterung auf diesem Gebiete, die zwischen Reichsregierung und Reichbank geführt werden, stehen vor dem Abschluß. Die Regierung versprach, nachdrücklich auf Beseitigung der stellenweise durch Warenmangel und durch Transportarbeiterstreiks entstandenen Schwierigkeiten hinzuwirken. Die Vertreter der Landwirtschaft traten für die Möglichkeit einer wertbeständigen Anlage des Erlöses aus den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ein und begrüßten den Plan der Reichsregierung, eine wertbeständige, leicht begebbare Anleihe auszugeben. Sie versprachen, ihre Berufsgenossen aufzufordern, ihr Möglichstes zu tun, um die Versorgung zu sichern.

Die Goldanleihe des Reiches.

Die Besprechungen wegen Aufnahme einer Goldanleihe des Reiches, über die wir wiederholt berichtet haben, steht unmittelbar vor dem Abschluß. Wie wir zuverlässig erfahren, wird die Anleihe eine besondere Fundierung dadurch erhalten, daß die Reichsregierung ermächtigt werden soll, für den Zinsendienst gegebenenfalls auch für das Kapital, Zuschläge zu gewissen direkten Steuern zu erheben. Die Anleihe wird von der Umsatzsteuer befreit; die Stücke, welche jetzt gezeichnet werden, sollen für den Zeichner auch von der Erbschaftssteuer befreit werden. Ausgegeben werden Stücke von 1, 5 und 10 Dollar, möglicherweise auch zu höheren Beträgen. Die Einzahlungen sind auch in Markzulässig, und zwar auf Grund des Newyorker Wechselkurses, ferner auch in Devisen. In diesem Falle werden noch besondere Vergünstigungen gewährt.

Die Notversorgungsabgabe.

Abgabepflichtige Markforderungen.

Bei vielen nichtphysischen Personen sind Zweifel darüber entstanden, ob Markforderungen des Betriebsvermögens von der Vermögensabgabe zur Sicherung der Notversorgung befreit sind. Hierzu führt der Reichsfinanzminister im Erlaß vom 23. 7. 23 aus:

Bestandteile des Betriebsvermögens, die bestimmungsgemäß in dauerndem Umlauf befindlich sind und deren jeweilige Höhe daher mit der Markentwertung fortlaufend Schritt hält, können auch dann nicht als abgabefrei angesehen werden, wenn sie an dem für die Zwangsanleihe maßgebenden Stichtag aus Markwerten bestanden. Dies gilt insbesondere für Warenschuldforderungen oder ähnliche kurzfristige Forderungen gegen Kunden. Diese stammen aus der Veräußerung von Waren oder sonstigen Sachwerten des umlaufenden Betriebsvermögens und sind dazu bestimmt, alsbald nach Realisierung wieder in Waren u. dgl. umgewandelt zu werden. Es handelt sich also um Vermögen, das sich nur ganz vorübergehend bis zur Neubeschaffung der Waren u. dgl. als Markwert darstellt. Es würde dem Zweckgedanken des Gesetzes widersprechen, wenn derartiges Vermögen nur deswegen abgabefrei bleiben würde, weil es zufällig am Stichtage nicht in Waren u. dgl. angelegt war, während dies am nächsten Tage schon wieder der Fall sein kann.

Weitere Erhöhung der Postgebühren.

Das Reichspostministerium hat, wie wir erfahren, dem Verkehrsbeirat eine neue Gebührenvorlage zugehen lassen, **die am 1. September eine Verdreifachung der am 1. August einzuführenden Gebühren vorsieht.** Es wird anzunehmen sein, daß eine weitere Erhöhung der Postgebühren baldigst zu erwarten ist, wenn nicht eine unerwartete Besserung unserer Währung Platz greifen sollte. Wahrscheinlich wird man darauf kommen, eine Grundgebührenskala aufzustellen und dann einen Multiplikator einzuführen, der sich in kurzen Zwischenräumen der Geldentwertung anpassen läßt. Die Verhandlungen darüber dürften im Laufe des August aufgenommen werden.

Devisenbeschaffung zur Versorgung der besetzten Gebiete.

Vertreter des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete hatten laut „Allg. Ztg." Dienstag vormittag eine Besprechung mit Vertretern der Reichsbank über die Frage der Devisenbeschaffung zur Versorgung der besetzten Gebiete mit Lebensmitteln. Die Vertreter der Reichsbank sagten zu, daß die angeforderten Devisen von jetzt an in vollem Umfange zugeteilt werden sollen.

*

Streiks und Lohndifferenzen.

Streikbewegung in Essen.

Wie die Blätter aus Essen melden, ist im Oberhausener Bezirk eine neue Streikbewegung ausgebrochen. Die Oberhausener Bergarbeiter fordern eine einmalige Beihilfe von 5 Millionen Mark. Die Kommunisten treiben eine lebhafte Propaganda für eine gemeinsame Aktion der Bergarbeiter.

Streik der Hamburger Kaiarbeiter.

Hamburg, 1. Aug. Den Blättern zufolge haben die Kaiarbeiter des Hafens gestern vormittag wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden fordern in erster Linie die Auszahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe von einer Million Mark.

Beilegung des Breslauer Metallarbeiterstreiks.

Breslau, 1. Aug. Auf Grund einer gestern in den einzelnen Streikbüros vorgenommenen Urabstimmung der ausständigen Metallarbeiter wurde der „Br. Z." zufolge beschlossen, die den Arbeitnehmern nach dem am Sonnabend zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abgehaltenen Verhandlungen gemachten neuen Vergleichsvorschläge anzunehmen. Die Arbeit soll heute, spätestens morgen wieder aufgenommen werden.

Kurzer Streik der Berliner Buchdrucker.

Berlin, 1. Aug. Die Berliner Buchdrucker sind gestern vormittag wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten, der aber inzwischen beigelegt ist. Die Abendblätter sind mit Ausnahme des Vorwärts und des christlichen Gewerkschaftsblattes „Der Deutsche" mit etwa zweistündiger Verspätung erschienen.

Die Antwortnoten in London.

Frankreich setzt die alte Verschleppungstaktik fort.

Während Frankreich und Belgien schriftliche Antworten an England geschickt haben, hat der italienische Botschafter in London nur die mündliche Zusicherung gegeben, daß die italienische Politik sich im wesentlichen mit der englischen deckt. Die japanische Antwort ist bisher noch nicht eingelaufen, sie dürfte aber in der Linie der italienischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230801-13/fragment/page=0001

liegen. Soviel ist schon zu erkennen, daß es Frankreich nicht gelungen ist, Belgien vollständig an seine Seite zu bringen, sondern es bestehen zwischen beiden Regierungen, trotz aller Ableugnungen der französischen Presse, prinzipielle und nicht nur oberflächliche Unterschiede. Auch in der Frage des passiven Widerstandes, in der Belgien sich dem englischen Standpunkt mehr nähert. Die französische Antwort ist vollständig darauf eingestellt, im Gegensatz zur belgischen, die positive Antworten und Vorschläge an England übermittelt, die alte Verschleppungstaktik fortzusetzen. Ohne Zweifel ist damit nicht das eingetreten, was die englische Regierung sich von ihrem Initiativschritt versprochen hatte. Es wird sich nunmehr zeigen müssen, welchen weiteren Schritt die englische Regierung unternehmen wird. So viel weiß man in England auch, daß im englischen Interesse die Zustände in Deutschland sich nicht noch mehr zuspitzen dürfen. Baldwin wird sich deshalb darüber schlüssig werden müssen, welche Formulierung er der Unterhauserklärung, die Mittwoch oder Donnerstag voraussichtlich erfolgen wird, geben will. Er wird sich zu entscheiden haben, ob England, allenfalls mit Italien und Japan gemeinsam, die deutsche Note vom 7. Juni beantworten will, oder ob er noch einmal auf diplomatischem Wege den Versuch zu machen gedenkt, sich mit Frankreich und Belgien auf eine gemeinsame Linie zu einigen.

Der Inhalt der französischen und belgischen Antworten.

Aus London wird berichtet: Die Übergabe der Antwort der Alliierten an Lord Curzon ist mit einem großen Aufwand von diplomatischen Zeremonien vor sich gegangen. Für die sämtlichen alliierten Botschafter war eine bestimmte Empfangsstunde bei Lord Curzon angesetzt, und man verzeichnet in englischen maßgebenden Kreisen auch die Tatsache, daß der deutsche Botschafter bei Lord Curzon erschienen war. Da die von Frankreich und Belgien übermittelten Schriftsätze ziemlich lang sind, war es Lord Curzon nicht möglich, die Dokumente noch in Anwesenheit der Botschafter zu prüfen und ihnen ergänzende Fragen zu stellen. Immerhin hat seine Unterredung, vor allen Dingen mit dem französischen Botschafter, einige Zeit in Anspruch genommen.

Die englische Regierung bewahrt strengstes Stillschweigen über den Inhalt der ihr übergebenen Schriftstücke und der ihr in anderer Form gemachten Mitteilungen. Trotzdem ist es noch den offiziellen Äußerungen klar, daß sowohl die französischen als auch die belgischen Dokumente in der Hauptsache darauf hinausgehen,

neue Informationen aus England zu erlangen. (!)

Die französische Regierung stellt präzise Fragen. So enthält das Dokument u. a. die Fragen, wieviel Großbritannien von seinen eigenen Forderungen einzubringen gedenkt, was für eine Summe es von den Alliierten sowohl wie von Deutschland zur Deckung seiner Forderungen verlangt, inwieweit es vielleicht nur die Deckung für seine eigenen Zahlungen an Amerika zu fordern beabsichtigt. Aber auch die belgische Note macht eine Rückäußerung Englands notwendig, denn sie gibt Anregungen, die England nicht gut unbeantwortet lassen kann. Hinsichtlich der Stellungnahme Italiens erfährt man aus politischen Kreisen, daß Mussolini, obwohl er sich in den großen Grundlinien der englischen Auffassung anschließt, Wert darauf gelegt hat, freie Hand zu haben, und daß er vor allen Dingen, wie dies im übrigen erwartet wurde, den Zusammenhang der Verbandsschulden mit der Reparationsfrage in den Vordergrund stellt.

Beratung der Antwortnoten im englischen Kabinett.

London, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Den Blättern zufolge erstattete Curzon in der Vollsitzung des Kabinetts Bericht über die Antwortnoten Frankreichs und Belgiens. Heute wird das Kabinett nochmals zusammenkommen, um endgültig zu entscheiden, welche Haltung England angesichts der Stellung Frankreichs einnehmen werde.

Pessimistische Stimmung in London.

London, 1. Aug. Über die eingelaufene Antwort bewahren die hiesigen amtlichen Kreise strengstes Stillschweigen. Es ist aber unverkennbar, daß sie ihren Pessimismus nur vertiefen. Es bleibt die leise Hoffnung, von Poincaré doch noch eine Mitwirkung zu einer beschnittenen Abschätzungskommission zu erlangen, welche nach hiesigen Auffassungen die Unmöglichkeit deutscher Zahlungen ohne Ruhrbefreiung erklären würde, worauf Belgien seine Haltung in der Ruhrfrage ändern könnte. Alles, was hier französenfreundlich gesinnt ist, kann Cunos Sturz kaum erwarten.

Baldwin spricht am Donnerstag.

London, 1. Aug. (Drahtmeldung des WTB.) „Daily Expreß" zufolge wird Premierminister Baldwin am Donnerstag im Parlament eine Erklärung über die Ruhr- und Reparationsfrage abgeben. Nach den „Times" nehmen manche Kreise an, das Ergebnis der französischen und belgischen Antwort werde ein weiterer Meinungsaustausch sein. Es sei jedoch kein Geheimnis, daß man in diplomatischen Kreisen auch die weitere Verzögerung durch den Austausch diplomatischer Noten und diplomatischer Besprechungen angesichts der mitteleuropäischen Lage bedauere.

England und die innerdeutsche Krise.

London, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) In Regierungskreisen und innerhalb aller englischen Parteien herrscht man die Lage in Deutschland mit ernster Besorgnis. In einem Leitartikel, überschrieben „Die Regierung Deutschlands" prüfen die „Times" die Frage, ob ein Regierungswechsel in Berlin Deutschlands Lage erleichtern könne. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß jede deutsche Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sein möge, den größten Teil ihrer Handlungsfreiheit durch die verfehlte Gewaltpolitik der Alliierten und durch die Anhäufung zahlloser wirtschaftspolitischer Fehler seitens ihrer Vorgänger eingebüßt habe. Die englischen Politiker seien bestrebt, die deutsche Regierung zu ermutigen, eine vernünftige Politik durchzuführen. Englands Politik, wenn sie mit Zielbewußtsein durchgeführt wird, mag Deutschland zur Selbsthilfe ermutigen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die englische Politik fehlschlägt, und dieser Fehlschlag würde wahrscheinlich sein, wenn Deutschland die Ereignisse an sich herankommen läßt und keinerlei Versuche macht, sich zu retten.

Chronik der Gewalttaten, Beschlagnahmungen und Beraubungen im besetztem Gebiet.

Frankreich geht zum Hungerkrieg über.

Aus Essen wird uns berichtet:

In mehreren Städten des Ruhrbezirks haben die Franzosen in den letzten Tagen auf den Märkten und bei den Lebensmittelhändlern die Kartoffeln und andere Lebensmittel systematisch aufgekauft, und zwar in solchem Maße, daß für die Bevölkerung nichts übrig blieb. Leider hat sich nirgends auch nur ein Händler gefunden, der den Verkauf von Kartoffeln an die Franzosen verweigert oder sich zum mindesten dem Aufkauf seines gesamten Vorrates widersetzt hätte. Deshalb richtet sich die Erbitterung der Bevölkerung nicht nur gegen das durchsichtige Verhalten der Franzosen, sondern auch gegen diese Händler, die dadurch den passiven Widerstand der Bevölkerung zermürben. Die Bevölkerung des Ruhrgebiets verlangt daher von den zuständigen Stellen, daß gegen diese gewissenlosen Händler eingeschritten wird.

Neue Besetzungen und Ausweisungen. — Zunehmende Lebensmittelknappheit.

Dortmund, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Die Zeche Dorstfeld wurde von den Einbruchstruppen besetzt und den Arbeitern das Betreten des Zechenplatzes verboten, weil sie nicht unter der Besatzung arbeiten wollten. — Hier wurden zehn Eisenbahner, in Wanne achtzig Familienangehörige von Eisenbahnern, in Duisburg 174 Eisenbahner ausgewiesen. — Die Belgier haben alle Werkzeugmaschinen der Eisenbahnbetriebswerkstätte in Kempen abgebaut und weggeschafft. — Die Lebensmittelknappheit schreitet im ganzen Ruhrgebiet fort. Die Wochenmärkte machen einen geradezu trostlosen Eindruck, da viele Handelsartikel und Erzeugnisse überhaupt nicht mehr erscheinen. An den wenigen Verkaufsständen drängen sich die Käufer in langer Kette.

Wieder ein Deutscher erschossen.

Gelsenkirchen, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Am Sonntag geriet auf der Brückstraße in Dortmund vor dem Hotel Middendorf ein französischer Zivilbeamter mit einigen jungen Leuten in Streit, in dessen Verlauf er — wie von französischer Seite behauptet wird, in der Notwehr — einen Revolver griff und schoß. Der zwanzigjährige Dreher Viktor wurde von einer Kugel in den Rücken getroffen und fiel zu Boden.

Reichsbank und Postamt in Bingen geplündert.

Mainz, 1. Aug. Sonnabend nachmittag wurde die Reichsbank in Bingen von den Franzosen besetzt. Es wurden 400 Millionen Mark „beschlagnahmt". Nach erfolgter „Beschlagnahme" wurde die Besetzung wieder aufgehoben. Ebenso wurde das Postamt in Bingen besetzt und dabei 76 Millionen „beschlagnahmt".

31 Personen aus dem unbesetzten Gebiet, die sich während der Verkehrssperre auf Schleichwegen ins besetzte Gebiet begeben hatten, erhielten Strafen von 8 Tagen bis zu 3 Monaten Gefängnis, 19 Personen aus Mainz, die die Nachtverkehrssperre übertreten hatten, wurden zu 150 000—200 000 M Geldstrafe verurteilt.

Bankraub in Neuwied.

Neuwied, 1. Aug. Gestern vormittag 10 Uhr wurde die hiesige Reichsbankstelle von den Franzosen besetzt und die Gelder weggenommen.

Revisionsverhandlungen in Aachen.

Aachen, 1. Aug. Vormittags begann vor dem belgischen Appellationsgericht in der Angelegenheit der Ermordung des Leutnants Graff die Verhandlung gegen Leutnant Reinhard und Genossen, die in erster Instanz vom belgischen Kriegsgericht teils zum Tode, teils zu schweren Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt waren. Die Angeklagten werden von zwei Brüsseler Rechtsanwälten und von Justizrat Dr. Jörissen und Justizrat Dr. Springsfeld aus Aachen verteidigt. Die Verlesung des Tatbestandes nahm den ganzen Vormittag in Anspruch. Um 1 Uhr wurde die Sitzung auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Außenpolitische Übersicht.

Polens Beziehungen zu Deutschland und Rußland.

Aus Warschau wird berichtet. Während der politischen Debatten im Sejm äußerte Außenminister Senda zu den Beziehungen Polens zu Deutschland, daß eine polnische Erklärung zu den Vorgängen in Deutschland verfrüht sei. Der Außenminister könne gegenwärtig zu dieser Frage nur erklären, daß Polen jedenfalls mitwirken werde, um den Frieden in Europa zu erhalten und darüber zu wachen, daß etwaige Ereignisse in Deutschland nicht nach Polen hinübergreifen (!).

Zu den polnisch-russischen Beziehungen erklärte Außenminister Sehda, daß Sowjetrußland Polen von der neuen russischen Bundesverfassung offiziell Mitteilung gemacht habe. Die polnische Regierung sei zurzeit in der Prüfung politischer und rechtlicher Fragen, wie sie sich für Polen aus der neuen sowjetrussischen Verfassung ergeben, begriffen. Darauf werde in der ersten Augustwoche eine Antwort Polens an Sowjetrußland erfolgen. In Warschau würden außerdem polnisch-russische Verhandlungen stattfinden, die sich mit den Fragen des Rigaer Friedensvertrages befassen sollten. Zu dieser polnisch-russischen Konferenz werde in Warschau eine russische Delegation mit Prof. Pergament an der Spitze erwartet. Der Abschluß eines polnisch-russischen Konsularabkommens stehe bevor.

Amerikanische Auffassung über die Politik Englands.

London, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Der Washingtoner Berichterstatter des „Observer" meldet, der Durchschnittsamerikaner sei nicht klar darüber, welche Großbritannien die Auffassung vertrete, daß ein Verfall Deutschlands ein Unglück für die Welt sein würde. Deshalb müsse eine ausführliche Begründung der britischen Politik im allgemeinen und eine Begründung der britischen Besorgnisse den Amerikanern deutlich machen, daß es England nicht bloß um seine Handelsinteressen zu tun sei.

Schwere Erkrankung des Präsidenten Harding.

San Francisco, 1. Aug. (Reuter.) Die Ärzte Hardings bezeichnen den Zustand des Präsidenten als ernst, da der rechte Lungenflügel angegriffen sei. Harding kämpfe um das Leben.

Deutschland.

Reichswehr und Republik.

Berlin, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Eine Anfrage des Vorwärts in seinem Artikel „Reichswehr und Republik" vom 27. Juli 1923 gibt dem Reichswehrminister Veranlassung zu einer Erklärung, in der es heißt: „Die vom Vorwärts seinen Ausführungen vorangeschickte Anzweiflung der vorbehaltslosen Verfassungstreue der Reichswehr kann und muß ich zurückweisen. Ich verbürge mich in der Tat für den unbedingten Gehorsam der Wehrmacht gegenüber jeder verfassungsmäßigen Reichsregierung. Die Hamburger Angelegenheit, besagt die Erklärung des Reichswehrministers weiter, sei für die Reichswehr geklärt und weise nunmehr ein abschließendes Urteil auf. Die Hauptanklagepunkte der sozialistischen Presse stammten aus einem seinerzeit durch rechtswidrigen Einbruch in die Geheimarchive der Reichswehrbehörde entwendeten Aktenmaterial. Das Ergebnis dieses Streifzuges sei völlig nichtig. Zu den einzelnen Punkten bemerkt die Erklärung: 1. daß eine militärische Nachrichtenstelle in Hamburg nie bestanden habe, 2. habe Oberleutnant v. Brederlow an einer sogenannten Verschwörerbesprechung im Hotel Atlantic nie teilgenommen, da er erst zwei Jahre nach der fraglichen Besprechung nach Hamburg gekommen sei. Der Teilnehmer sei vielmehr ein wegen Verhehlung beim Kapp-Putsch 1920 verabschiedeter Offizier gewesen. 3. Eine Fühlungnahme von Offizieren der Reichswehr mit gewissen damals noch nicht aufgelösten Organisationen habe seit Eintritt des Oberleutnants von Brederlow nur zu dem Zweck bestanden, um in diesem Kreise mehr und mehr dem Verständnis für die notwendige Bedeutung Unterordnung unter die Staatsautorität Geltung zu verschaffen. Die Erledigung der Rossbachaffäre habe außerdem gezeigt, daß die Reichswehr der Verführung zur Ungesetzlichkeit ohne Schwanken zu widerstehen weiß. Die Veröffentlichung eines angeblichen Planes zum Vormarsch von Truppen aus Hamburg mit dem „Ziel eines Regierungssturzes" bezeichnet der Reichswehrminister in seiner Erklärung als eine böswillige und feiwole Verdrehung. Die veröffentlichten Bruchstücke seien willkürlich aus einer Denkschrift herausgerissen, die vom Reichswehrminister zu dem Zweck aufgestellt worden sei, einem militärischen Befehlshaber bie für den Bedarfsfall zur Niederwerfung von Unruhen nötigen Vorschriften zu geben. Solche theoretischen Vorarbeiten, die sich naturgemäß nicht auf Hamburg allein bezögen, seien gerade im Hinblick auf die Ereignisse dieser Tage Pflicht einer Militärbehörde. Alle diejenigen Stäbe, die diese Vorbereitung mit einem Regierungssturz zusammenbrächten, seien frei erfunden. Der Reichswehrminister erklärt schließlich, daß alle die namentlich vom Vorwärts auch angeführten Offiziere pflichtgemäß gehandelt hätten und von ihm rückhaltslos gedeckt würden. Das Ergebnis der Untersuchung liege den Behörden und nunmehr auch der Öffentlichkeit vor. Ihnen überläßt der Minister das Urteil hierüber.

Verfassungsfeier in Württemberg.

Stuttgart, 1. Aug. Das Staatsministerium hat in einem heute bekanntgegebenen Erlaß angeordnet, und den nachgeordneten Behörden zur Pflicht gemacht, den Verfassungstag in würdiger Weise zu begehen unter dem Bekenntnis zum Reichsgedanken und dem dankbaren Gedenken an unsere schwerleidenden Volksgenossen am Rhein, an der Ruhr und Nahe. Da der 11. August noch kein gesetzlicher Feiertag ist, sollen die Veranstaltungen auf den Nachmittag oder Abend verlegt werden. Den Staatsbeamten ist auf Antrag die Befreiung vom Dienst für den Besuch der Veranstaltungen zu gewähren. Die Dienstgebäude des Reichs- oder Landesfarben zu flaggen.

Ablehnung der Verfassungsänderung in Bayern.

München, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Im Landtag fand gestern nachmittag die Entscheidung über den Verfassungsänderungsentwurf betreffend Volksbegehren und Volksentscheid statt. In der Schlußabstimmung stimmten 78 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei für den Gesetzentwurf und 59 Abgeordnete der Demokraten, Sozialdemokraten und bauernbündlerischen Fraktion dagegen. Damit ist die nötige Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen nicht erreicht. Der Präsident stellte die Ablehnung der ganzen Vorlage fest. Die Linke begleitete das Ergebnis mit Beifallsrufen. — Der Staatshaushaltsausschuß des Landtags hielt seine letzte Sitzung ab. Die Sozialdemokraten stimmten dabei gegen das Finanzgesetz, was eine Mißtrauenskundgebung gegen die Regierung bedeutet.

Das Defizit des bayerischen Budgets, das ursprünglich auf 4 Milliarden veranschlagt war, beziffert sich jetzt auf rund 290 Milliarden.

Nordische Messe in Kiel.

Kiel, 1. Aug. Wie das Messeamt der nordischen Messe in Kiel mitteilt, hat sich die Zahl der Handelskammern, die die ehrenamtlichen Vertretungen der nordischen Messe übernommen haben, auf über 50 erhöht. Auf Anregung aus Verlegerkreisen wird im Rahmen der nordischen Messe in Kiel vom 15. bis 18. September eine Buch-, Musikalien- und Kunstmesse veranstaltet werden.

Neue Richtlinien für die Schlichtungsausschüsse.

Berlin, 1. Aug. In den im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Richtlinien über die Möglichkeiten der Erhaltung der Kaufkraft des Arbeitseinkommens hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der Minister für Handel und Gewerbe den Demobilmachungskommissar ersucht, die Schlichtungsausschüsse auf die große Verantwortung aufmerksam zu machen, die angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage auf ihnen ruht. Sie müßten alles daran setzen, dem Ersuchen der Gewerkschaften mit größtmöglicher Beschleunigung stattzugeben, damit die Gewerkschaften in der Lage sind, den Ausbruch wilder Arbeitskämpfe zu verhüten; es gehe unter keinen Umständen an, daß die Schlichtungsausschüsse die Anträge der Arbeitnehmerverbände in Gesamtstreitigkeiten zunächst in der Absicht dem Antragsgegner zur Äußerung zugehen ließen. Auf Antrag der Verbände sei sofort die Gegenpartei unter Benutzung aller technischen Hilfsmittel auf den nächstmöglichen Termin zur Verhandlung zu laden.

Verschärfte Überwachungsmaßnahme für politische Gefangene.

Die sächsische Justizbehörde hat nach Blättermeldungen für die politischen Untersuchungsgefangenen verschärfte Überwachungsmaßnahmen angeordnet.

Provinz und Nachbarländer.

Aus der Nachbarstadt Halle.

Mieterstreik in Halle.

In einer stark besuchten Versammlung im „Volkspark" führte Verbandssekretär Krauser aus, daß nach den neuen Sätzen des Magistrats, der die Forderungen der Hausbesitzer noch bedeutend beschnitten hatte, eine Wohnung mit einem Friedenspreis von 800 M im August 71 760 M (Jahresmiete) kosten würde. Nach ausgiebiger Debatte wurde in einer Entschließung der Abwehrstreik proklamiert.

Auf der Verfolgung erschossen. — Kontrolle im Wartesaal.

In der vorletzten Nacht wurde der von Schutzpolizeibeamten verfolgte Händler Adolf Kraft durch einen Kriminalbeamten angeschossen. Der Verletzte ist in der Klinik verstorben. Kraft hatte, ohne eine Veranlassung, eine andere Person in der Magdeburger Straße schwer mißhandelt. Er wurde von einer Menge Passanten, wie auch von Schutzpolizeibeamten, die Notsignale gaben, verfolgt. Der mehrfachen Aufforderung, stehenzubleiben, kam er nicht nach. Eine des Weges kommende Patrouille der Kriminalpolizei, die über den Vorfall nicht orientiert war, versuchte ihn zu stellen. Ungeachtet der mehrfachen Anrufe auch dieser Beamten, stehenzubleiben mit dem Hinweis, daß geschossen würde, flüchtete er weiter und schlug Vorübergehende, die sich ihm in den Weg stellen wollten, mit seinem Stock. Daraufhin wurde von einem Beamten ein Schuß abgegeben, der ihn in die Beckengegend traf. — In der Nacht zum Dienstag wurde in dem Wartesaal 4. Klasse Fahrkartenkontrolle vorgenommen. Eine große Anzahl von Personen wurde ohne Fahrkarte festgestellt. Da sie der Aufforderung, den Wartesaal zu verlassen, nicht Folge leisteten, wurde das Überfallkommando angerufen, mit dessen Hilfe 46 Personen der Fahndungsstelle zugeführt werden konnten. Hierbei setzten sich besonders drei Personen zur Wehr und drangen zum Teil mit Messern auf die Polizei- und Eisenbahnbeamten ein. Bei Prüfung der Papiere bei der Fahndungsstelle wurden zunächst zwei Männer als gesucht festgestellt. Eine Frauensperson wurde wegen Verdachts der Gewerbsunzucht eingeliefert.

Hochherzige Spende.

† **Halberstadt.** Eine Hundert-Millionen-Spende wurde der Stadt von einer hiesigen Firma übermittelt, um daraus die schlimmste Not der Gegenwart zu lindern.

Ein tüchtiger „Geschäftsmann".

† **Dessau.** Eine Schwindelei, wie sie wohl noch nicht dagewesen ist, wurde hier am Sonnabend verübt. Der Kaufmann Otto Ließmann verkaufte das Grundstück Hinsdorfer Straße 1, das ihm gar nicht gehörte, durch einen Agenten an einen Zoniter Fleischermeister für 40 Millionen Mark und erhielt 10 Millionen Mark als Anzahlung. Der Schwindel wurde bald entdeckt, und Ließmann konnte verhaftet werden. Der Kauf ist sogar von einem Dessauer Notar bestätigt worden.

Ein Polizeiwachtmeister erschossen.

† **Erfurt.** In der Nacht zum Dienstag gegen 2 Uhr früh wurde der 27jährige Schutzpolizeiwachtmeister Fritz Stefanski vor der Kantine der Fahrbereitschaft auf dem Petersberg vom Polizeiwachtmeister Otto Urban erschossen. Beide hatten mit mehreren Kameraden in der Kantine gezecht und waren stark angeheitert. Urban bestreitet, die Tat absichtlich und mit vollem Bewußtsein ausgeführt zu haben. Er wurde festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt.

Großer Kupferdiebstahl.

† **Suhl.** In Heinrichs wurden aus einer Fabrik 19 Kupferbarren im Gesamtwert von über 38 Millionen Mark gestohlen.

Der entlarvte Wühlmensch.

† **Freital.** Großes Aufsehen erregte auf der Freitaler Vogelwiese die Entlarvung des dort auftretenden Wühlmenschen. Er lobte eine Million Mark demjenigen aus, der ihm das Kunststück nachmachen würde, sich lebendig begraben zu lassen. Ein Pfiffikus war aber hinter das Geheimnis des Wühlmenschen gekommen und hatte entdeckt, daß sich an der hinteren Seite der Grube, in der der „Künstler" eingegraben wurde, ein mit Erde bedecktes Luftloch befand. Er ließ sich also eingraben, hielt auch die vorgeschriebenen 5 Minuten aus und kam dann unverletzt zum Vorschein. Nun verlangte er die ausgelobte Belohnung. Das paßte aber dem „Künstler" nicht. Er erklärte, daß sein Kassierer mit dem Gelde davongegangen sei und er nicht so viel bei sich habe. Es wurde daraufhin die Polizei verständigt und unter dem Gaudium der Festwiesenbesucher mußte der Wühlmensch seine Bude abbrechen. Der Kassierer freilich ließ sich nicht wiedersehen.

Tödliche Unfälle.

In Arnstadt wollte der 42jährige Schlosser Paul Kummer auf ein in voller Fahrt befindliches Lastauto aufspringen, um nach Erfurt mitzufahren. Er glitt hierbei aber so unglücklich aus, daß er zu Fall kam und das Auto ihm über den Kopf fuhr, wodurch der Kopf völlig breitgedrückt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. — In den Deutschen Werken zu Kassel zersprang der Stein einer Schmirgelmaschine und zertrümmerte einem an der Maschine arbeitenden, etwa 40 Jahre alten Arbeiter den Schädel. Nach wenigen Minuten starb der Schwerverletzte.

Tüchtige Aufwartung. — Vermißt.

† **Leipzig.** Bei einer Familie in der Elisenstraße meldete sich als Aufwärterin eine angebliche Frieda Wolf, verrichtete einige Stunden ihrer übertragenen Arbeit und verschwand am selben Tage gegen Mittag unter einem glaubhaften Vorwand. Nun bemerkte die Arbeitgeberin, daß mit der angeblichen Wolf verschunden waren: Eine goldene Damenuhr, ein goldener Trauring und zwei Brillantringe, ein Ring mit einem Türkis, eine lange feingliedrige Uhrkette, ein silberner Ring, ein schmaler goldener Ring mit einer Rosette aus sechs kleinen Brillanten und ein Bettuch. — Vermißt wird das 10jährige Schulmädchen Yvonne Voigt. Die Vermißte ist bekleidet mit blaugrauem Wollmusselinkleid, schwarzen Spangenschuhen und trägt keine Strümpfe. Es wird vermutet, daß das Mädchen in der Umgebung umherirrt, da sie von ihren Angehörigen bestraft worden ist.

Streik im Zwickauer Kohlengebiet.

† **Zwickau.** Die Streiklage im Kohlengebiet ist unverändert. Am Sonnabend fand hier eine Urabstimmung statt, die eine große Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks ergab. Der Bergbaulicher Verein hatte ein letztes Angebot gemacht, wonach den Bergarbeitern ein Zuschuß in der Gesamthöhe von 460 000 M angeboten wurde. Dieser Vorschlag wurde durch die Urabstimmung abgelehnt. Es wird also weiter gestreikt. In Zwickau haben vom alten Bergarbeiterverband etwa 5600 Mitglieder für den Streik und nur 770 gegen den Streik gestimmt. Im Lugau-Oelsnitzer Bezirk ist innerhalb des Gesamtverbandes das Abstimmungsresultat etwa das gleiche.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230801-13/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

1. August.

Günstige Ernte-Aussichten!

Als es im Mai und Juni täglich regnete und die Sonne sich scheinbar in Ferien befand, da machte sich immer mehr die Sorge um die Ernährung im kommenden Winter bemerkbar. Wir hätten auch ohne Zweifel eine furchtbare Hungersnot durchmachen müssen, wenn nicht zur rechten Zeit besseres Wetter Platz gegriffen hätte. Die große Hitze, unter der Mensch und Tier bald zu stöhnen begann, hat außerordentlich viel für uns getan. Es hat die Ernte gerettet. Wenn nicht im Herbst eine lange Regenperiode einsetzt, werden wir eine verhältnismäßig gute Ernte erhalten. Weizen und Hafer stehen vorzüglich im Halm und die Gerste, die durch den Regen vielfach niedergeschlagen war, hat sich im allgemeinen gut erholt. Allein für Roggen bestehen keine günstigen Aussichten. Die Blütezeit des Roggens fiel in die Regen- und Kälteperiode und man muß nach dem jetzigen Stande des Roggens mindestens mit einem Ausfall von 30 Prozent rechnen. Die Kartoffeln haben sich durch die jetzige Witterung gut entwickelt und es ist eine gute Ernte zu erwarten. Die Felder sind jedoch zum Teil sehr stark verunkrautet und es bedarf noch großer Mühe, sie vom Unkraut zu befreien.

Die Heuernte ist fast beendet, das Futter ist allerdings nicht von besonderer Qualität.

Die Gemüseernte verspricht ebenfalls gut zu werden. Die Krautsorten sind in der Entwicklung rasch fortgeschritten. Wenn nicht Ungeziefer auftritt oder die Witterung wieder schlechter wird, steht eine gute Mittelernte in Aussicht. Von Blumenkohl sind bereits große Mengen jetzt in den Läden und bei den Straßenhändlern zu sehen. Aus der Zittauer Gegend allein treffen in Leipzig täglich drei bis vier Waggons Blumenkohl ein. Gurken sind in diesem Jahr sehr schlecht gewachsen. Bei der Ernte ist mit einem Ausfall von 80 Prozent zu rechnen. Ebenso trübe sind die Aussichten bei den grünen Bohnen, wo ein Ausfall von 50 Prozent in Betracht kommt. Gurken und Bohnen sind sehr empfindliche Produkte, die unter Kälte und Regen stark gelitten haben. Die grünen Bohnen haben sich jetzt etwas entwickelt, es fehlt aber die Wurzelbildung und man wird kaum mehr als zweimal ernten können. Desgleichen ist bei Tomaten und Kürbissen eine Mißernte zu erwarten.

Die Obsternte wird als mittelgut beurteilt. Kirschen sind jetzt genügend vorhanden, durch die schlechte Witterung ist aber doch ein Ausfall von 35—40 Prozent eingetreten. In guten Sorten von Birnen ist die Aussicht auf eine befriedigende Ernte gering. Von Pflaumen werden wir eine kleine Mittelernte und von Äpfeln höchstens eine Mittelernte bekommen. Die Blütezeit der Obstbäume hat unter der schlechten Witterung sehr zu leiden gehabt und jetzt ist nicht mehr viel nachzuholen. Dabei ist die Ungezieferplage ziemlich groß. Es wird uns mitgeteilt, daß zumal an den Pflaumenbäumen die weißen Gespinste der Raupen in großen Massen zu sehen sind.

*

** **Der letzte billige Tag bei Bahn und Post** ist wieder einmal vorüber. So stark wie bei den früheren Erhöhungen war diesmal der Andrang bei den beiden Verkehrsanstalten nicht. Das mag wohl daran liegen, daß die heute in Kraft getretenen neuen Sätze schon wieder längst überholt sind. Wenn man bedenkt, daß man früher den Geldwert einer Tafel Schokolade für eine Fahrt nach Halle und den Geldwert für zehn Schachteln Streichhölzer für einen Fernbrief aufwenden mußte, so kann man am besten erkennen, wie billig Reichsbahn und Post trotz der vielen Nullen immer noch arbeiten — allerdings auf Rechnung des riesengroßen Defizits und der Notenpresse. — Stärker wie sonst war natürlich der Betrieb auf der Reichsbahn, die den Verkehr teilweise mit Vor- und Nachzügen regelte. Auch die postalischen Einrichtungen wurden stärker in Anspruch genommen.

** **Helfer in Not!** Dem Magistrat — Jugendamt — gingen in diesen Tagen einige sehr namhafte Spenden zu. Ein nicht genannt sein wollender Herr stiftete aus Dankbarkeit für die Genesung seines Kindes nach einer schweren Krankheit den Betrag von 1 Million Mark zur Gewährung von Milch an kleine Kinder in besonderen Notfällen. Für den gleichen Zweck wurden von einer ebenfalls nicht genannt sein wollenden Familie 20 000 ℳ gestiftet. — Eine zweite Spende von 1 Million Mark für Unterbringung von drei armen erholungsbedürftigen Kindern wurde ebenfalls von einem nicht genannt sein wollenden Wohltäter gemacht. Eine Vollwaise wurde bereits für sechs Wochen dafür entsandt, um sich wieder helle Augen und frische Wangen zu holen. — Außerdem stiftete Auktionator Willy Franke aus Anlaß der Geburt eines Kindes den Betrag von 30 000 ℳ zur Verwendung für arme Mütter und Kinder. Aus gleichem Anlaß gingen nochmals 25 000 ℳ ein. — Allen Spendern im Namen derjenigen, denen geholfen wird, aufrichtigen Dank!

** **Luftpostpakete nach Dänemark.** Fortan sind zur Luftpostbeförderung nach Dänemark auf der Linie Hamburg—Kopenhagen auch dringende Pakete zugelassen, die das Gewicht von 5 Kilogramm und eine Gesamtausdehnung (Höhe, Länge und Breite) von 110 Zentimeter nicht überschreiten. Die Gebühren sind nach dem Gewicht und der Ausdehnung abgestuft. Ein Luftpostpaket bis 1 Kilogramm und bis 90 Zentimeter Gesamtausdehnung kostet z. B. 5,65 Fr. und 25 000 Mark (bis zum 31. Juli 250 ℳ) Flugzuschlag. Die Verzollung und Aushändigung von Luftpostpaketen geschieht mit besonderer Beschleunigung.

** **Ein Ziegelstein 2963 ℳ.** Der Kommissar für die Baustoffbewirtschaftung in Westsachsen hat die Höchstpreise für Mauerziegel vom 27. Juli ab auf 2 400 000 ℳ je 1000 Stück festgesetzt, für die Kreishauptmannschaft Zwickau auf 2 935 000 ℳ; Chemnitz 2 963 000 ℳ.

** **Die Preise für markenfreies Gebäck** erhalten ab heute wiederum eine scharfe Steigerung. Ein Brot kostet danach 70 000 ℳ, eine Semmel 5000 ℳ, ein Brötchen 2500 ℳ. — Zu der ununterbrochenen Preissteigerung, die auch in den übrigen Gegenden erfolgt, macht der Berliner Zweckverband der Bäckermeister folgende auch hier zutreffende Angaben: Ununterbrochen steigt der Mehlpreis. Die Produktenbörse Berlins drückt den Preis zwar künstlich nieder, obgleich die an der Notierung beteiligten Händler Mehl zum Börsenpreis überhaupt nicht abgeben. Bis 2½ Millionen Mark müssen im Freiverkehr für einen Sack Mehl über die höchste Börsennotiz hinaus angelegt werden, um überhaupt Mehl zu erhalten. Diese Unsicherheit auf dem Mehlmarkt bewirkt, daß durch die festgestellten Brotpreise vielfach nicht einmal der Mehlpreis mehr gedeckt wird. — Unter diesen Umständen erweckt die gänzliche Aufhebung der öffentlichen Brotversorgung große Sorgen und Befürchtungen für die Zukunft.

** **Neue Schuhmacherpreise.** Die Schuhmacher müssen, wie die Schuhmacher-Innung bekannt gibt, Leder ab jetzt nach dem Dollarstande bezahlen. So kostet z. B. das Pfund deutsches Vache-Couproe Ia 1,10 Dollar, Salzochsenkern 1 Dollar im Kleinhandel. Es liegt auf der Hand, daß danach die Preise für Schuhreparaturen ganz enorme werden müssen.

** **Der Wochenmarkt** zeigte heute ein ganz anderes Bild als an den letzten Markttagen. Das Angebot ließ in den meisten Waren sehr zu wünschen übrig. Fleisch- und Wurstwaren waren überhaupt nicht zu sehen. Dasselbe war bei Butter, Margarine und Eiern der Fall. Das Angebot an Gemüsen und Obst war auch bedeutend geringer geworden. Die wenigen Bestände schmolzen bei der starken Nachfrage viel schneller als wünschenswert dahin.

** **Schützenfest.** Der gestrige Tag bildete zweifellos einen Höhepunkt des volkstümlichen Festes. Das Konzert der großen Kapelle hatte einen außerordentlich starken Besuch aufzuweisen, der mit dem wohlverdienten Beifall nicht kargte. Die Regentropfen, die eine Störung in die Menge hineintragen wollten, erreichten ihren Zweck nicht. Man hielt beim Glase Bier tapfer aus, bis endlich das große Brillantfeuerwerk vom Stapel ging. In allen Farben und Formen schimmerten die Leuchtkörper und Raketen, große Bewunderung der Erwachsenen und entzücktes Staunen der Kinder auslösend. — Erst in später Abendstunde begann sich der Platz zu leeren.

** **Der Sturm,** der bösartig heute vormittag durch unsere Straßen fegte, knickte die Fahnenstange auf der Windberg-Schule wie ein leichtes Rohr.

** **Kreditbank für Industrie und Landwirtschaft.** Wie aus dem Anzeigenteil der gestrigen Ausgabe ersichtlich ist, gehen die Geschäfte des Bankgeschäftes Alfred Embruch mit dem heutigen Tage auf die neugegründete Kreditbank für Industrie und Landwirtschaft über. Die Leitung dieser neuen Bankkommandit-Gesellschaft auf Aktien verbleibt in den Händen des Bankiers Alfred Embruch.

Was die Zeitungen im August kosten!

Alle Zeitungen der Umgegend und der benachbarten Großstädte sind zum Halbmonatsabonnement übergegangen und fordern folgende Beträge von ihren Lesern:

Leipz. Neueste Nachr. vorläufig	60 000 ℳ
Hallische Zeitung	56 000 „
Hallische Nachrichten	50 000 „
Hallisches Volksblatt	50 000 „
Klassenkampf	55 000 „
Weißenfelser Tageblatt	50 000 „
Naumburger Tageblatt	50 000 „
Zeitzer Neueste Nachr.	50 000 „
Merseburger Zeitungen	48 000 „

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg
enthält in heutiger Ausgabe Bekanntmachungen über Nachträge zur Vergnügungs-, Grundwert- und Wertzuwachssteuer-Ordnung, Strom- und Gaspreise für Juli, Krankenhausgebühren, Unterbringung von Kindern in Familien, Bildung einer Hebammenstelle, Handelsverbot, Ehrengabe für Veteranen und Teuerungszuschlag für Schornsteinreinigung.

*

Die Steuerermäßigungen beim Lohnabzug ab 1. August.

Für den in der Zeit nach dem 31. Juli gezahlten und fällig gewordenen Arbeitslohn sind die bisher geltenden Sätze vervierfacht worden. Danach kommen von dem 10 prozentigen Lohnabzug in Zukunft in Abrechnung:

	monatl.	wöchentl.	täglich
Ledige Arbeitnehmer	224 000	53 760	8 960
Verh. Arbeitnehmer	248 000	59 520	9 920
Verh. m. 1 Kind	408 000	97 920	16 320
Verwitw. m. 1 Kind	384 000	92 160	15 360
Verh. m. 2 Kindern	568 000	136 320	22 720
Verwitw. m. 2 Kindern	544 000	130 560	21 760
Verh. m. 3 Kindern	728 000	174 720	29 120
Verwitw. m. 3 Kindern	704 000	168 960	28 160
Verh. m. 4 Kindern	888 000	213 120	35 520
Verwitw. m. 4 Kindern	864 000	207 360	34 560
Verh. m. 5 Kindern	1 048 000	251 520	41 920
Verwitw. m. 5 Kindern	1 024 000	245 760	40 960

Die Beamten und die Verfassungsfeier.

Das preußische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, der Nummer 5 der vor kurzem festgelegten Ausführungsbestimmungen für den 11. August folgende veränderte Fassung zu geben: „Sämtliche Staatsbeamte sowie die Vertretungen der Selbstverwaltungskörper sind durch die Vorstände der Behörden zu den Festakten einzuladen. Es wird von den Staatsbeamten erwartet, daß sie sich an den Festakten beteiligen. Zu diesem Zweck und zur Teilnahme am Gottesdienst ist ihnen, soweit sie nicht durch dringende dienstliche Obliegenheiten verhindert sind, Dienstbefreiung zu gewähren."

*

Sechs-Tagewetter!

Der Wechsel zwischen Sonnenschein und Regen.

Das Wetter der letzten Wochen bestätigt den von einigen Meteorologen beobachteten Zyklus von 6 Tagen, der im Kreislauf der Witterung festzustellen sei. Aufheiterung und Sonnenschein wechselten mit vorübergehender Trübung und Regen im richtigen, der wirtschaftlichen Notwendigkeit und dem persönlichen Empfinden entsprechenden Verhältnis. Als Charakteristikum dieses Wetterzyklus sieht man an, daß auf heitere Witterung zu Beginn einer solchen Sechstageperiode für unser Klimagebiet gegen Mitte der Periode zunächst vereinzelte und nur schwache Regenfälle folgen, die dann aber vor Abschluß des Zyklus an Häufigkeit, Verbreitung und Stärke erheblich zunehmen. Das Ende einer solchen Wetterperiode wird schließlich von einem Maximum des Regens gebildet, das zugleich mit einem fühlbaren Temperaturrückgang verbunden ist.

Der Witterungsverlauf der letzten Tage bildet ein so ausgezeichnetes, geradezu schulmäßiges Beispiel eines solchen sechstägigen Wetterzyklus, daß es durch einige Beobachtungen belegt sein möge. Der Anfang des letzten Zyklus umfaßte die letzten Tage der voraufgegangenen Woche. Sie zeigten der Theorie entsprechend heiteres, warmes Wetter mit etwas übernormalen Temperaturen von 25 bis 28 Grad. Mit Beginn der gegenwärtigen Woche erhielten die Witterungsverhältnisse der Periodenmitte die Vorherrschaft, d. h. also wechselndes Wetter zwischen Aufheiterung und leichten Regenfällen. Entsprechend wurden am vergangenen Montag bis Mittwoch kürzere und leichtere Regenfälle (Regenhöhe: Dienstag 0,3, Mittwoch 2,1 Millimeter) beobachtet, die sich aber bis Donnerstag, dem Schluß der Periode, erheblich verstärkten (Regenhöhe: Donnerstag 8,5 Millimeter). Gleichzeitig erfolgte nach dem Maximum des Regenfalles am Donnerstag der den Schluß des Wetterzyklus bildende Temperaturrückgang am Freitag.

Man ersieht aus diesem Beispiel, daß durch Berücksichtigung der sechstägigen Wetterzyklen ein wertvoller Fortschritt für die Wetterbeurteilung auf mehrere Tage gewonnen ist. Der Prognostiker braucht sich nur zur Entscheidung die Frage vorzulegen, ob die Witterung für die Folgezeit stationär, d. h. an demselben Orte verharrend und gleichbleibend, oder ob die Wetterlage wandernd bleiben wird, in dem sie ihre gewohnten Bahnen von Westen nach Osten einschlagen und hierdurch den gleichmäßigen Verlauf des dargelegten sechstägigen Zyklus annehmen wird. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Zyklen oft mehrere Wochen hintereinander die Vorherschaft behalten, so daß die Witterung auf längere Zeit eine regelmäßige Wiederkehr derselben Erscheinungen aufweist. Auch gegenwärtig zeigt die Wetterlage, daß nach Abschluß des letzten Zyklus eine neue sechstägige Periode einsetzt, die für die nächste Woche maßgebend sein wird. Wir haben also im wesentlichen eine Wiederkehr der Witterungsverhältnisse der vergangenen acht Tage zu erwarten, d. h. zunächst Aufheiterung mit Erwärmung am Beginn der neuen Woche, später wieder einsetzende Regenfälle in ähnlicher Folge, wie sie die letzten Tage gezeigt haben, und wie sie eingangs charakterisiert worden ist.

*

Unsere Sammlungen.

Nach unserer letzten Quittung sind weiter folgende Sammlungen bei uns eingegangen:

Für das Christianen-Waisenhaus.

Hochzeit P. Meißner, Zscherben 25 000 ℳ; Fa. Oskar Zimmermann, hier 25 000 ℳ; K. S. 15 000 ℳ; Biertisch Spielervereinigung, Löpitz 6000 ℳ; Ungenannt aus Beuna 5000 ℳ; P. W. 2500 ℳ; Sammlung des Band. Cl. Waldröschen 106 ℳ.

Für die alten Leute.

Oskar Zimmermann, hier 25 000 ℳ; K. S. 15 000 ℳ; P. W. 2500 ℳ; Helene B. 2000 ℳ.

Tageskalender.

Das Spiel Preußen gegen T. und R. Weißenfels
heute (Mittwoch) abend beginnt um ½7 Uhr.

Mittwoch, 1. August.
Schützenfest. — Konzert im Schützenhaus-Garten. — Künstler-Musik im Park-Café. — Ball in der Funkenburg. — Konzert im Restaurant „Zum Roland".

Donnerstag, 2. August.
Schützenfest. — Gesellschaftsabend bei Beth. — Preiskegeln des Kegelklubs Fidelitas. — Mitgliederversammlung des Stahlhelms.

Täglich.
Konzert in Beths Gesellschaftshaus.

Lehrgang zur Förderung der Jugendpflege und Jugendbewegung

in Merseburg, Jugendheim Herzog Christian.
(Veranstaltet im Auftrage des Wohlfahrtsministeriums.)
2. Woche.

Frau Landtagsabgeordnete Eickelboom-Bochum und Bezirksjugendpflegerin Fräulein Leopold-Düsseldorf hatten für den Lehrgang Vorträge über die

Pflege der weiblichen Jugend

übernommen, sie konnten aus den besetzten Gebieten leider nicht herkommen.

Für sie sprachen zwei Teilnehmerinnen des Lehrgangs: Fräulein Labryga, Bezirksjugendpflegerin aus Gleiwitz und Frau Rittergutsbesitzer von Ankum aus Wittelsdorf (Ostpreußen).

Fräulein Labryga wies darauf hin, wie die Familie infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Wohnungsnot fast ganz versage. Die Jugend geht in die Sorge hinein und es fehlt ihr die Freude. Notwendig seien für die Mädchen geordnete Leibesübungen, dadurch Stählung des Willens, Einfügung ins Ganze, Gemeinschaftsgeist, vor allem sei auch der Schwimmsport zu pflegen, der für die Kräftigung des weiblichen Körpers in erster Linie in Frage komme. Ferner seien die Wanderfahrten von erziehlicher Bedeutung, sie dürften aber nicht jeden Sonntag stattfinden, damit das Mädchen auch der Familie erhalten bleibe. Das Singen guter Volkslieder wird die Gassenhauer verdrängen, überhaupt müsse die Musik noch mehr in den Mädchenvereinen gepflegt werden. Idealgestalten aus der Frauenwelt werden die Mädchen für das Schöne und Gute begeistern. Ferner empfahl Rednerin: das gute Buch, Ausbildung zur Hausfrau und Mutter, vertiefte Religion. Über die Erziehung zum Verkehr mit dem Manne müssen dem Mädchen Ratschläge gegeben werden. Drei Arten von Frauen gibt es: Die 1. Gruppe opfert ihr Ich dem Wohlleben, dem Äußerlichen, die 2. Gruppe ist dem Manne das Spielzeug, sie haben keinen Anteil an dem Streben und Schaffen des Mannes, und die 3. Gruppe sind die Edelmenschen, denen ihr Beruf ein heiliger ist. — Das tiefste Problem ist aber die Leitung der Unverheirateten. Hier muß der Mütterlichkeitssinn auf Gebiete gelenkt werden, wo das Mädchen seine Befriedigung findet.

Frau v. Ankum schilderte die traurigen Verhältnisse, die Unkultur der Landjugend Ostpreußens. Für Hygiene ist so gut wie kein Verständnis da; Unreinlichkeit, Überernährung, Unmäßigkeit auch im Trinken (Branntwein aus Brennspiritus hergestellt), das Wort Erziehung ist den Eltern fast unbekannt; der Wille der Kinder soll nicht gehemmt werden, sonst würden sie halsstarrig, in den Schulen meist auch traurige Zustände, der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten ist ungenügend; Kenntnis der Umgebung des Heimatortes sehr gering. Schlimmes kommt aus der Stadt: Auswüchse der Mode usw., die die Landmädchen leicht annehmen. — Um hier zu helfen, muß erst jeder, der zur Hilfe berufen ist, an sich selbst arbeiten. Die Mittel, die anzuwenden sind: Erziehung zur Mutter, schlimme Wirkung des Alkohols bei der Mutter, Wanderhaushaltungsschule, Kleintierpflege, Verdrängung des Grammophon durch gute Musik: Ziehharmonika, Märchenerzählen, Schattenspiele, lebende Bilder, Jugendbühne. Belehrung durch Heimatgeschichte, Anknüpfen an Sitten und Gebräuche, moralische Aufklärung, auch sexueller Art, religiöse Unterweisung, aber nicht in pflichtmäßigen Bibelstunden, viel Aberglaube und äußerlicher Gottesdienst vorhanden. Zuletzt schilderte Rednerin ihre Tätigkeit als Kreisjugendpflegerin. Starker Glaube an die ostpreußische Jugend klang heraus, beharrlich, geduldige Weiterarbeit auf dem steinigen Boden, Energie und Hoffnung.

In der Aussprache wurde noch auf die Wettspielnachmittage für die weibliche Jugend zwischen den einzelnen Dörfern hingewiesen (Ball über Schnur, Dreiballauf, Jägerball, Grenzball usw.). Ferner wies man hin auf die Aussteuersparkassen für junge Mädchen, mit denen im Westen Frl. Leopold sehr gute Erfahrungen gemacht hat. Für das Geld, das die jungen Mädchen einzahlen, wird sofort Leinwand usw. eingekauft, sie fertigen dann unter Leitung die Wäsche an, dies wird ihnen bis zur Verheiratung aufbewahrt. Die Aktivität der jungen Mädchen soll ferner auf das Gebiet der sozialen Fürsorge gelenkt werden.

Die Erziehung zur einfachen, schlichten Freude wurde besonders betont.

Wertvolle Ergänzungen erfuhren die Ausführungen durch den Vortrag von Frau Ministerialrat Weber, die die Teilnehmer am Donnerstag begrüßen konnten. Auf Wunsch der Versammlung hielt sie einen Vortrag über die Zusammenhänge zwischen

Jugendwohlfahrt, Jugendfürsorge, Jugendpflege.

Zunächst wies sie auf den inhaltlichen Zusammenhang hin. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz ist ein Beweis von dem starken Verantwortlichkeitsgefühl der Volksgemeinschaft und des Staates. Nur wenn Eltern versagen, greift der Staat in die Erziehung ein. Der Jugend soll nach der wirtschaftlichen sozialen und sittlichen Seite hin geholfen werden. Die Vortragende unterschied die Sorge für die kranke gefährdete Jugend (Jugendfürsorge) und die gesunde Jugend, die sich in den Jugendvereinen und Jugendgruppen aller Art von selbst sammelt und gesund bleiben will (Jugendpflege, Jugendbewegung). Die Jugendfürsorge beginnt schon vor der Geburt des Kindes (Mutterschutz); die Jugendpflege und Jugendbewegung umfaßt in erster Linie die schulentlassene Jugend. Sie wies auf die

furchtbaren Zersetzungen unseres Volkes

hin, die die Weltgeschichte noch nicht kannte. Jetzt heißt es nicht, eine nutzlose, negative Kritik üben, sondern positiv arbeiten, das Schlechte und Unsittliche zerstören durch das Gute und Sittliche. Grauenhafte Härte ist auf dem Lande gegenüber den Nöten in der Stadt zu finden, großer Luxus bei denen, die im Überfluß leben, zeugt von einem unverantwortlichen Leichtsinn, kein soziales Gefühl, nur der krasse Egoismus; auf dem Lande gibt es Bauern, die bereits bis zur fünften Generation Aussteuer angeschafft haben.

Hier muß ein ganz neuer sittlicher Geist im Volke und der Jugend helfen. Gesetze und Jugendämter dürfen nicht überschätzt werden, die Jugendpflege und Jugendbewegung stehen millionenmal höher; das Wohlfahrtsministerium ist davon überzeugt, daß ohne das tatkräftige Eingreifen der Jugendpflege und Jugendbewegung das Wohlfahrtsgesetz nicht durchzuführen ist. Es kommt auf das Vorleben aller, die Jugend und Volk lieb haben, an. Wer sich vor dem Modergeruch fürchtet, soll wegbleiben und ist nicht fähig zur Hilfe. Neben den Beamten im Jugendamte sind begeisterte, willensstarke Helfer nötig.

In der Aussprache über diesen Vortrag wurde besonders auf die Vorwürfe eingegangen, die dem Lande gemacht waren. Die Landwirtschaft muß auf Jahre hinaus rechnen und darum daran denken, Geld in Werten anzulegen. Die Händler, die das Land überschwemmten, machten vielfach die hohen Preise. Oft genug zeige der Bauer auch ein gutes Herz, wenn er auch im allgemeinen nicht sozial empfinden kann. Die Städter brächten sehr viel Unkultur auf das Land und hetzen gegen die Bauern.

Hier könne nur eine Notgemeinschaft zwischen Stadt und Land helfen, beide Teile müssen einsehen, daß sie zusammengehören, besonders in dieser Zeit der großen Not. So lange ein Stand die Schuld auf den anderen abwälzt, kommen wir nicht vorwärts.

Auf dem Lande wäre besonders bei der Jungbauernschaft anzufangen, sie muß in den Geist der Zeit eingeführt werden, mit den „alten Dickköpfen" ist meist nichts mehr zu erreichen.

Nötig ist aber auch, daß in allen höheren Schulen und wo sonst Beamte und Führer des Volks ausgebildet werden, (Lehrer, Geistliche, Verwaltungsbeamte), diese mit der großen Bedeutung der Jugendwohlfahrt, Jugendpflege und Jugendbewegung bekannt gemacht werden. Wertvolle Ergänzungen brachte der Aussprache Studiendirektor Dr. Parmann-Oranienburg, der auf einer Durchreise den Lehrgang an diesem Tage besuchte. Paarmann ist der bekannte, rücksichtslose Kämpfer für ein alkoholfreies Leben unserer Jugend und unseres Volkes.

Frau Ministerialrat Weber hat vor kurzem eine längere Studienreise durch Amerika unternommen und erzählte manches Interessante aus ihren Erlebnissen und Beobachtungen. Ein ungeheurer Luxus ist in diesem Lande zu finden; das Alkoholverbot wird besonders im Osten (dort, wo die meisten Deutschen) von den Reichen umgangen. Sittlich reich scheinen die Amerikaner für das Alkoholverbot, das sie sich selbst gegeben haben, noch nicht zu sein. Traurig ist es, daß uns die Amerikaner als Bettlervolk ansehen. Es ist von ihnen keine Hilfe zu erwarten, wir müssen uns selbst helfen, in erster Linie durch eine sittliche Wiedergeburt.

Rektor Mehlhase sprach über

„das gute Buch im Jugendvereine".

Zunächst ging er auf die Eigenschaften guter Jugendlektüre ein: breit, schlicht, warm, das Ethische darf durch die Poesie nicht verdrängt werden. Die Auswahl muß aus dem guten Alten und dem kräftigen Neuen geschehen. Für die weibliche Jugend sind besonders die Schriften auszuwählen, die auf den mütterlichen Sinn Einfluß haben. Sodann zeigte der Vortragende, wie man in Lesekränzchen und durch Veranstaltung von Dichter- und Volksabenden die Jugend mit guter Lektüre bekannt machen kann. Aus seiner reichen Literaturkenntnis heraus gab der Vortragende seinen Zuhörern eine Menge Anregungen.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230801-13/fragment/page=0003
DFG

Kreistag des Landkreises Weißenfels.

Einen breiten Raum nahmen in der Beratung des Kreistages zwei sozialdemokratische Anträge ein. Der eine bittet im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung die Regierung, den „Stahlhelm", und verwandte Organisationen aufzulösen. Nach einer großen Debatte erklärte Landrat Zimmermann, als Vertreter der Staatsregierung, der Stahlhelm sei zuerst verboten worden. Dieses Verbot sei jedoch vom Staatsgerichtshof aufgehoben worden. Daß die Staatsregierung den Stahlhelm willkommen heiße, sei unrichtig. Er nehme Kenntnis von den abgegebenen Erklärungen, daß der Stahlhelm der Regierung helfen wolle. Die Regierung sei jedoch in der Lage, die Ordnung allein aufrechtzuerhalten. Sie brauche keinen Anhängewagen und keine Anbiederung von irgendeiner Seite. Er nehme auch Akt von der kommunistischen Erklärung des Abgeordneten Hinniger, daß die Kommunisten diese Republik nicht schützen. Die Staatsregierung beachte diesen Schutz gar nicht. Sie schütze die Ordnung selbst. Auch möchte er keinen Zweifel darüber lassen, daß er, wie in den letzten Jahren, auch künftig die Ordnung aufrecht erhalte und gegebenenfalls nicht davor zurückschreke, den Kampf nach mehreren Fronten zu führen. Er möchte aber auch die Bitte an alle richten, in der gegenwärtigen schweren Zeit die Ruhe und Besonnenheit nicht zu verlieren und den innerpolitischen Verhältnissen gegenüber kühlen Kopf zu bewahren. Die zweite Interpellation betraf das Ansuchen an die Regierung, die Zwangswirtschaft in der Brotversorgung aufrechtzuerhalten. Beide Resolutionen wurden gegen die Stimmen der Bürgerlichen Vereinigung angenommen. — Der Beteiligung des Kreises an der Bauhütte Zeitz mit 1 Million Mark wurde zugestimmt. Die Hundesteuer beträgt für ein Tier jährlich 80 000 M. — Bezüglich der Erhöhung der kommunalen Wohnungsbaubabgabe wurde beschlossen, einen erhöhten Betrag für industrielle Räume zunächst nicht zu erheben; von einer Sonderheranziehung der landwirtschaftlich genutzten Räume abzusehen und ferner den inzwischen eingetretenen Geldentwertung Rechnung zu tragen, daß vom 1. Juli ab ein Zuschlag im 20fachen Betrage der staatlichen Sätze erhoben wird. — Eine Anleihe von 1½ Milliarden Mark soll zur Unterstützung von Bauunternehmen aufgenommen werden. — Die Haushaltspläne wurden genehmigt. — Über die Errichtung eines Krematoriums wurde kein bindender Beschluß gefaßt.

§ **Bündorf**, 1. Aug. Am 30. Juli d. J. feierte der Geistliche des Kirchspiels Bündorf, Pastor Seiffge, das 30jährige Ortsjubiläum.

§ **Dieskau**, 31. Juli. Die Felddiebstähle treten in letzter Zeit sowohl hier als auch in den umgebenden Feldmarken wieder mehr in die Erscheinung. Besonders die Erbsenfelder bilbeten Anziehungspunkte. Mehrfach wurden stille Teilhaber von den Aufsichtsbeamten überrascht, wobei Mengen bis zu ½ Zentner Schotenerbsen beschlagnahmt wurden. Auch Klee- und Kartoffelfeldern wurden nächtliche Besuche abgestattet. Leider wurde bei letzteren durch Herausziehen verschiedener Stöcke, an denen die Knollenbildung noch zu geringfügig war, erheblicher Schaden angerichtet; die ermittelten Täter sehen ihrer Bestrafung entgegen.

§ **Döllnitz**, 31. Juli. Unfall. Die schon bejahrte landwirtschaftliche Arbeiterin Schmilorz hier hatte das Unglück, beim Heuabladen in der Scheune aus beträchtlicher Höhe herunterzustürzen. Die Bedauernswerte zog sich einen doppelten linksseitigen Armbruch zu, wodurch eine Überführung nach einer Halleschen Heilanstalt notwendig wurde.

§ **Oberthau**, 1. Aug. Um den einzelnen Einwohnern die Möglichkeit zu geben, billige Pflaumen und Äpfel zu erhalten, wurde die Obstnutzung der Gemeinde in Parzellen nur an Ortsansässige verpachtet. Leider blieb es aber bei der löblichen Absicht, denn es wurde wieder derart geboten, daß man vielfach staunen mußte — nachher wird natürlich über die teueren Zeiten geschimpft. — Ein Lehrling des hiesigen Schmiedemeisters erstieg einen Baum, um ein paar hängen gebliebene Kirschen zu pflücken; er fiel herunter und brach ein Bein. Er mußte der Klinik in Halle zugeführt werden.

Mücheln und Umgegend.

* **Mücheln**, 31. Juli. Schöffengerichtssitzung. Der Geschirrführer Paul H. in Möckerling wird wegen einfachen Diebstahls zu einem Verweise kostenpflichtig verurteilt, der Arbeiter Max Th. daselbst wird von der Anklage des Diebstahls freigesprochen. — Der Arbeiter Fritz B. in Schafstädt wird wegen Diebstahls zu 750 000 M Geldstrafe ev. für je 20 000 M 1 Tag Gefängnis, der Händler Fritz B. daselbst wird wegen Hehlerei zu 1 Million Mark Geldstrafe ev. für je 20 000 M 1 Tag Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. — In der Privatklagesache des Küchenchefs Werner Sp. in Halle gegen die Mamsell Gertrud P. daselbst wird die Angeklagte wegen versleumderischer Beleidigung zu 200 000 M Geldstrafe ev. 1 Tag Gefängnis für je 10 000 M kostenpflichtig verurteilt. — Der Fürsorgezögling Gertrud G., zurzeit in Groß-Salze, wird wegen Betrugs zu 3 Monaten Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. — Der Arbeiter Ignatz S. in Misburg wird wegen Diebstahls und Betrugs zu 850 000 M Geldstrafe, hilfsweise zu 1 Tag Gefängnis für je 10 000 M kostenpflichtig verurteilt. — Die Geschirrführer Max S., zurzeit in Mücheln im Gefängnis, wird wegen Betrugs zu 1 Million Mark Geldstrafe, hilfsweise zu 1 Tag Gefängnis für je 10 000 M kostenpflichtig verurteilt.

* **Lauche**, 1. Aug. An der Schleuseninsel landeten zwei Leichen. Es handelt sich um den Zimmermann Alfred Höhne in Reinsdorf und um Frl. Frenzel, früher in Lauche. Die beiden hatten sich eng umschlungen und mit zwei Leibriemen zusammengebunden.

Lauchstädt und Schafstädt.

(·) **Lauchstädt**, 31. Juli. Der letzte Sonntag brachte uns einen besonderen Kunstgenuß durch das Konzert des Mandolinen-Vereins Merseburg im hiesigen Kurpark. Welches Interesse diesem Orchester entgegengebracht wurde, zeigte der starke Besuch. Beifällig wurde das Programm von Anfang bis Ende von den andächtigen Zuhörern aufgenommen. Alle Musikstücke zeigten gute Schulung und sichere Leitung durch den Bundeslehrer König.

(·) **Lauchstädt**, 31. Juli. Vielfach hört man die Frage, was eigentlich aus unserem Volksbad werden soll. Eine solche Einrichtung, die der Gesundheit dient, dürfte doch der Einwohnerschaft nicht entzogen werden, und es würde mit Freuden begrüßt, wenn das Bad recht bald der Öffentlichkeit wieder übergeben würde. Vielleicht wird auch von maßgebender Seite die Notwendigkeit erkannt und dem Wunsche Rechnung getragen.

(·) **Lauchstädt**, 31. Juli. In der außerordentlichen Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, den zehnfachen Betrag der Gemeindesteuern vom letzten Vierteljahr zu erheben. Über die andern Steuern bleibt der Beschluß vom 7. Mai d. J. bestehen. Der von der Stadt zu leistende Zuschuß für die Kleinrentner wird bewilligt. — Der städtische Arbeiter Bergien wird nach dem Tarif der Kommunalarbeiter besoldet, täglich 6 Prozent für Wohnung und Ackerland. — Der neugewählte Bürgermeister wird nach Gruppe 9 der staatlichen Beamtenbesoldung besoldet mit der Aufrückungsmöglichkeit nach Gruppe 10 bei Bewährung. — Die Einladung zum 80jährigen Jubiläumsschießen des hiesigen Bürger-Jäger-Vereins wird bekanntgegeben. Der Einladung soll Folge geleistet werden. — Betreffs des Kinderfestes soll vom Magistrat und Elternbeirat eine Haussammlung veranstaltet werden.

Vermischte Nachrichten.

Wie Staatsanwalt Dr. Haas ermordet wurde.

In der Morbsache Haas wird berichtet, daß im ganzen 25 Personen verhaftet worden sind, von denen 15 in Haft behalten wurden. Gegen die Entlassenen wird Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben. Als Hauptbeteiligte kommen drei Personen in Frage: der Arbeiter Veith, ein geistig minderwertiger Mensch, der im Verdacht steht, auf Dr. Haas mit einer Eisenstange eingeschlagen zu haben; der ehemalige Hilfspolizist Bräunung und der Ausläufer Dreher Bender. Der Mord selbst soll sich folgendermaßen abgespielt haben: Als die Menge vor das Haus des Staatsanwalts kam, stand Dr. Haas mit einem Revolver in der Hand vor der Gartentür. In diesem Augenblick gab Bräunung zwei Schüsse ab, aber nicht als Notsignal, denn die Schüsse waren auf das Haus gerichtet, wo man die Kugelspuren vorfand. Vielleicht wollte Bräunung auch auf Haas schießen. Haas erklärte sofort der Menge, daß er nicht geschossen habe und ging in sein Haus. Es gingen ihm aber eine Anzahl Personen nach. Bender packte den Staatsanwalt und schleppte ihn an Beinen und Armen die Treppe hinunter. Einer ging hinter der Menge her und hielt den Revolver des Dr. Haas hoch in der Luft und schrie: „Und er hat doch geschossen, schlagt den Judenknecht tot, hängt ihn, lynch ihn!" Durch diese Rufe aufgepeitscht, stürzte sich die Menge auf Haas und schlug solange auf ihn ein, bis er tot war. Von dem teilgenommenen Bender wird ein Betriebsratsmitglied einer größeren Frankfurter Fabrik beschuldigt, ihm nach seiner Tat zur Flucht ins besetzte Gebiet geraten zu haben. Ferner gibt Bender an, daß dieses Betriebsratsmitglied Führer des Zuges und Zeuge der Tat gewesen sei und sich sogar an den Ausschreitungen persönlich beteiligt habe. Der Mann wurde verhaftet, bestreitet jedoch die Angaben Benders.

Stapellauf des „Stuttgart".

Am Dienstag lief auf der Vulkanwerft in Stettin der Doppelschraubendampfer „Stuttgart" vom Stapel, das Schwesterschiff des Dampfers „München", der Anfang Juni an den Norddeutschen Lloyd Bremen abgeliefert wurde. Der „Stuttgart" ist 168 Meter lang, 19,80 Meter breit, 14,55 Meter hoch und hat 8,53 Meter Tiefgang, Wasserverdrängung 20 500 Tonnen, Tragfähigkeit 10 000 Tonnen und 13 300 Registertonnen Bruttoraumgehalt. Das Vierdeckschiff hat Einrichtungen zur Unterbringung von 170 Fahrgästen 1. Klasse, 373 2. Klasse, 983 3. Klasse und 352 Mann Besatzung. Die Maschinen von 8500 PS. geben dem Schiff eine Geschwindigkeit von 15 Seemeilen. Die Taufrede hielt Oberbürgermeister Lautenschlager-Stuttgart.

Reichsfahrtsieger auf Snob.

Die A. D. A. C. Reichsfahrt 1923 erbrachte wiederum den Beweis, ein wie vorzüglicher Motor Snob ist, dessen Erfolge schon mehr als einmal die Welt in Staunen versetzte. In Klasse II (bis 250 ccm), Gruppe Privatfahrer, wurde Julius Tönjes aus Braunschweig Reichsfahrtsieger auf Snob. Der Erfolg ist umso bemerkenswerter, als Tönjes bisher an einem größeren Motorrad-Wettbewerb noch nicht teilgenommen hat; die vorzüglichen Eigenschaften des Snob-Motors führten ihn jedoch zum Siege. Im ganzen nahmen 6 Snob-Motore an der Reichsfahrt teil. Die Snob-Motore fielen allgemeinen auf und jeder bewunderte ihren leichten Lauf. Sowohl in der Ebene, wie in den Bergen zeigte sich der Snob-Motor von der besten Seite. 6 Snob-Fahrer am Start, 6 Snob-Fahrer straßpunktfrei am Ziel. Bei den verschiedenen Bergprüfungen bewies der Snob-Motor ebenfalls seine Qualität. Beim Bergrennen in Pforzheim holte sich Kieser aus Düsseldorf den zweiten Preis und Junge aus Braunschweig den dritten Preis. Der Favorit Pongs kam in diesem Rennen durch einen Sturz, den ein leichtsinniger Zuschauer verursachte, um seine Chancen. Beim Bergrennen zur Solitude holte sich Pongs den zweiten Preis. Die Sieger der Bergrennen fuhren bedeutend schwerere Maschinen, als wie die ausgezeichneten Snob-Fahrer. Jedenfalls hat Snob auch bei der Reichsfahrt 1923 mit wenigen Maschinen wieder bewiesen, daß es keinen besseren Motor gibt. Wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten Snob zu kämpfen hatte, eher durch die Verkehrssperre im besetzten rheinischen Gebiet der Sportplatz überhaupt erreicht wurde, dann kann man diese Leistungen umsomehr würdigen, die sich den großen Erfolgen gelegentlich der Reichsfahrt 1922 in würdiger Weise anreihen.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ahmus, Berlin-Wilmersdorf, Lauchacher Str. 59.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Feurio!

Warum benutzt die Hausfrau Feurio?

Weil sie dadurch die Lebensdauer ihrer Wäsche verlängert, denn Feurio Haushaltseife enthält 80% Fett, greift also die Wäsche nicht an und ist im Gebrauch viel sparsamer als Kernseife.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

TRUEB

Anzeigen.

Junges Ehepaar sucht sofort mit Kochgelegenheit einfach. Zimmer gegen Kohlenvergütg. Ang. u. 1969 an die Exp. d. Bl.

Handw. sucht 1 Zimmer. Ang. u. 1978 a. d. Exp. d. Bl.

Junger solider Herr sucht Schlafstelle geg. 80 Ztr. Kohlen pro Jahr. Ang. u. 1967 an d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer sofort gesucht. Angeb. erb. unt. 1982 an die Exped. d. Bl.

Lenna-Werke! Akadem., Dr. phil., Chemik., sucht möglichst sofort 2 möbliert. Zimmer (evtl. mit Küchenbenutzung). Ang. u. 1968 a. d. Exp. d. Bl.

Jung. mittl. led. Beamter, nach hier versetzt, bittet um freundl. Ueberlassung eines möbl. oder auch unmbl. Zimmers. Kann alles gestellt werden. Preis Nebensache. Gfl. Ang. unter 1964 an die Exp. d. Bl.

Junges Ehepaar sucht möblierte Wohnung gegen zeitgemäße Miete. Ang. unt. 1972 a. d. Exp.

Gut erhaltenes Wohnhaus mit Garten sofort zu kaufen gesucht. Angeb. u. Preis unt. 1976 an die Exped. d. Bl.

Das Grundstück Sixtiberg 7 ist durch mich zu verkaufen! Frz. Zörner. Ob. Breite St. 12

Gutgeh. Stuben-Uhr (Altert.) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Statt besonderer Meldung!
Gott der Allmächtige rief heute nach längerem Leiden meinen lieben Mann, unseren treusorgenden Vater, Schwieger- und Großvater, den
Lehrer und Kantor i. R.
Friedrich Franz Dietrich
im 68. Lebensjahre zu sich in sein himmliches Reich.
Um stilles Beileid bittet im Namen der Hinterbliebenen:
Helene Dietrich geb. Töpfer.
Gartenstadt Skopau, den 31. Juli 1923.
Die Einäscherung findet Freitag mittag 12½ Uhr in Halle, Gertraudenfriedhof, kleine Kapelle statt.

Heute Morgen 6 Uhr verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser liebes Töchterchen und Schwester
Herta
im Alter von 1½ Jahren.
Um stille Teilnahme bitten die tiefbetrübten Eltern
Familie Otto Brauer und Großeltern.
Meuschau, den 1. August 1923.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Handwagen 2,50 m lang, mit Kasten, Bügeln u. Plane, auch für kl. Pferd, fast neu, sofort preiswert zu verkaufen. Zuckerbäckerei G. Krause, Gera, auf dem Schützenplatz.

Spitz mit Jungen gibt ab Jäschke, Exerzierplatz-Baracke.

Witwer, 56 Jahre alt, ohne Anhang, Professioner, mit Vermögen u. Wirtschaft, wünscht die Bekanntschaft einer Witwe ohne Anhang, im Alter von 46—50 Jahren zwecks Heirat. Ang. unter 1971 an die Exped. d. Bl.

Heirats-Gesuch! 2 Freunde, (Installateure) 29 J. alt, wünschen Bekanntschaft mit Fräulein od. Jg. Witwe gleichen Alters (am liebsten vom Lande) zwecks späterer Heirat. Lichtbild erwünscht, welches zurückgesandt wird. Diskretion zugef. Ang. u. 1981 a. d. Exp.

Wer fertigt in den Abendstund. einige Möbelstücke an. Ang. u. 1979 a. d. Exp. d. Bl.

Werkpolizeibeamter, verheiratet, 28 Jahr, in ungek. Stellung, sucht dauernde Stellung als Jagd-Flurschutzbeamter mit Wohng. Ang. u. 1980 a. d. Exp. d. Bl.

Suche f. m. Sohn, welch. Ostern 24 die I. Klasse d. h. Mittelsch. verläßt, m. leicht. Auffassungsgabe, zuverlässig, guter Rechn. u. Zeichn. tüch. Lehrstelle in kaufmänn. od. techn. Büro. Angeb. unter 1974 an die Exp. d. Bl.

Für jung. Mädch., Lehrtochter, wird in bester. Haushalt bei Familien-Anschluß Stellung als Stütze gesucht. Gehalt nach Uebereinkunft. Zuschriften unt. 1970 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Braunkohlen-Konzern Halle sucht zum sofortigen Antritt mehrere erfahrene Buchhalter. Selbstgeschriebene Angebote mit Zeugnisabschriften unter 1973 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Ein braves Zweitmädchen zu Kindern gesucht. Dipl.-Ing. Sabel, Neu-Rössen, An der Gärtnerei 8.

Suche ehrliches, fleißiges Mädchen, i. allen Hausarbeiten erfahren, s. sofort oder später in kinderl. Haushalt. Frau Dr. Krauss, Neu-Rössen, Mittelstr. 28a.

Saubere Aufwartung täglich für einige Stunden vorm. gesucht Vorwerk 1.

Zu unserem am 2. u. 4. August abends 7 Uhr, sowie Sonntag, den 5. August, vormittags von 10 Uhr ab im Restaurant „Bergschlößchen" stattfindenden Preiskegeln ladet alle Freunde des Kegelsports ergebenst ein Kegelklub „Fidelitas". Preise: Wirtschafts-Gegenstände.

Preise für markenfreies Gebäck
1 Brötchen . . . . . 2 500 Mk.
1 Semmel . . . . . 5 000 Mk.
1 Brot 1900 g . . . . . 70 000 Mk.
Die Preise treten sofort in Kraft.
Bäcker-Innung Merseburg

Die Leder werden uns heute nach dem Dollarstande verkauft, so daß wir für:
Herrensohlen und Absätze von 500 000 Mk. an
Damensohlen und Absätze von 500 000 Mk. an
berechnen müssen. Für Leder ist das Gewicht maßgebend. Nebenarbeiten extra.
Die Schuhmacher-Innung.

Wir suchen zum baldmöglichsten Antritt 2 ehrl. u. kräft. Pförtner, die auch schreib- und rechengewandt sein müssen. Schriftliche Angebote erwünscht an Gebr. Dietrich, Königsmühle, Merseburg.

Beth's Gesellschaftshaus
Im Café täglich Konzert der Haus-Kapelle!
Morgen Donnerstag: Gesellschafts-Abend

Zentralverband der Angestellten.
Sonnabend, den 4. August, abends 8 Uhr findet im „Tivoli" unser Unterhaltungs-Abend statt, zu dem die Mitglieder nebst ihren Angehörigen eingeladen werden.
Die Mitgliederversammlung am Freitag, den 3. 8., fällt aus. Der Vorstand.

Der Stahlhelm
Ortsgruppe Merseburg.
Donnerstag, d. 2. August, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung im „Ratskeller".

Gerstenschrot verkauft Willy Baumann, Clobikauer Straße 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230801-13/fragment/page=0004

Zum Notprogramm der Reichsregierung

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Über die Vorlagen, die die Reichsregierung dem zum 8. August einberufenen Reichstag auf finanzpolitischem Gebiet vorzulegen gedenkt, sind jetzt bereits einige Veröffentlichungen erfolgt, die erkennen lassen, auf welchen Wegen die Regierung die augenblickliche Finanznot des Reichs glaubt lindern zu können. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß alle politischen und wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland sich rückhaltslos dafür einzusetzen haben, ihr Bestes für einen Ausweg aus dem gegenwärtigen Finanzchaos herzugeben. Die wesentliche Frage aber, die entschieden werden muß, ist die, ob auf den Wegen, die die Regierung in Aussicht nimmt, irgendwelche nennenswerte Hilfe erwartet werden kann.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß unser gegenwärtiges Steuersystem in seinen Grundlagen gegenüber den ihm gestellten finanzwirtschaftlichen Aufgaben völlig unzulänglich ist. Mit Bedauern wird man daher feststellen, daß die Reichsregierung in ihrem Steuer-Notprogramm nach keiner Richtung hin irgend wie den Versuch macht, zu einer inneren Gesundung der deutschen Finanzwirtschaft zu gelangen, sondern diesem unzulänglichen und in seinen Auswirkungen teilweise geradezu unerträglichen bisherigen System weitere angebliche Verschärfungen anfügt, die unseres Erachtens der Finanzwirtschaft des Reiches nichts nützen, der Wirtschaft aber außerordentlichen Schaden zufügen werden.

Bei der Stellungnahme der politischen Parteien ist die Haltung des Zentrums und der vereinigten Sozialdemokratie von besonderer Bedeutung. Es muß einigermaßen auffallen, daß das Zentrum erneut erkennen läßt, daß es den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums seine Gefolgschaft zur Verfügung stellen wird, nachdem vor einigen Tagen in dem führenden Parteiorgan, der „Germania“, eine außerordentlich brüske und scharfe Kritik an den bisherigen wirtschafts- und finanzpolitischen Methoden der gegenwärtigen Regierung geübt war. Auf dem Gebiet der Finanzpolitik in sich selbst zu uneinheitlich, um zu einer selbständigen, zielbewußten Aufbauarbeit mit eigenen Ideen beitragen zu können, deckt die Partei alle diejenigen finanzwirtschaftlichen Maßnahmen, die unter Führung des gegenwärtigen Reichsfinanzministers vorgeschlagen werden und zur Durchführung gelangen sollen; in Erkenntnis der materiellen Zwecklosigkeit dieser Dinge bemüht sich aber die Zentrumspartei auch gleichzeitig darum, durch starke ablehnende Worte gegenüber der breitesten Öffentlichkeit seinen Anteil an der Verantwortung für die augenblickliche Lage zu verschleiern.

Die Sozialdemokratie erkennt durchaus richtig die ungerechten Auswirkungen des gegenwärtigen Finanzsystems, aber statt ihre Mitarbeit einem tatsächlichen inneren Neuaufbau zur Verfügung zu stellen, statt an der Ausmerzung der Fehlerquellen mitzuarbeiten, bleibt sie an der Oberfläche und versucht, durch starke Sonderbelastungen des Besitzes und des Produktionskapitals, die Fehler des gegenwärtigen Systems übersteigernd, dem gemeinsamen Endziel einer gerechten und den finanziellen Bedürfnissen des Reiches angepaßten Steuergesetzgebung nahe zu kommen.

Die Deutsche demokratische Partei wird der Reichsregierung auf den von ihr vorgeschlagenen Wegen nicht folgen können, sofern nicht gleichzeitig mit der Verabschiedung der für den Augenblick gedachten Maßnahmen tatkräftig die grundsätzliche Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft nach den Leitsätzen eingeleitet wird, die von der Reichstagsfraktion der Partei schon seit 1921 vertreten werden, und die ihre besonders prägnante Zusammenfassung in der letzten Entschließung des Gesamtvorstandes der Partei fanden. Volkswirtschaft und Steuern stehen in einem direkten, untrennbaren Zusammenhang und unter einer fortdauernden Wechselwirtschaft. Bedeutsame Teile wirtschaftlicher Kraft in den Reichshaushalt hineinschütten, ohne daß man auch nur die geringste wirkliche fachliche Gewähr dafür hat, daß damit das gegenwärtige Chaos überwunden werden kann, heißt: nicht die Finanzwirtschaft des Staates zur Gesundung bringen, sondern im beschleunigten Tempo auch die Volkswirtschaft in allen ihren Teilen in dieses Chaos mit hineinzustürzen. Wir dürfen gerade angesichts der fantastischen Zahlen, die jetzt von Dekade zu Dekade die Vermehrung der schwebenden Schuld anzeigen, nichts unternehmen, was nicht tatsächlich Aussicht auf positiven Erfolg hat. Es gibt kein Mittel, in wenigen Wochen ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushaltes herzustellen. Hier muß man sich darauf beschränken, das Tempo der Schuldenvermehrung zu verringern, und alle positive Arbeitskraft darauf einstellen, eine völlige Neuordnung unserer Finanz-, Wirtschafts- und Währungspolitik in der Grundtendenz herbeizuführen: Über die Festmark durch Goldrechnung zur neuen Goldwährung!

47 Tote bei dem Eisenbahnunglück in Kreiensen.

Zu dem bereits gestern gemeldeten Eisenbahnunglück in Kreiensen, dem Kreuzungspunkt der Strecken München—Hamburg und Berlin—Köln gingen uns noch folgende Berichte zu.

Die Schuldfrage bei dem Eisenbahnunglück in Kreiensen darf insofern als geklärt gelten, als feststeht, daß der Lokomotivführer des um 11 Uhr von Hamburg abfahrenden D-Zuges

das auf Halt stehende Vorsignal überfuhr.

Wie es heißt, soll ihm ein Fremdkörper ins Auge geflogen sein, so daß er das Signal übersah. Erst beim Hauptsignal habe er versucht, den Zug zum Stehen zu bringen. Hierzu ist zu bemerken, daß das Vorsignal nur ein Warnsignal ist. Es sind das die bekannten orangegelb gestrichenen runden Scheiben, die abends zwei gelbe Laternen tragen. Steht die gelbe Scheibe aufrecht, oder leuchten die beiden gelben Lichter, so muß der Lokomotivführer den Zug sofort bremsen, damit er den Zug vor dem einige Hundert Meter weiter vorwärts stehenden Hauptsignal zum Halten bringt, wenn dessen schräger Arm wagerecht steht.

Als der Lokomotivführer des D-Zuges 88 das Unglück vor Augen sah, zog er sofort die Schnellbremse, konnte aber den Zusammenstoß der Züge und die schwere Katastrophe nicht mehr verhindern. Der

Zusammenstoß beider Züge erfolgte mit furchtbarer Gewalt.

Die drei letzten Wagen des im Bahnhof Kreiensen haltenden Vorzuges, der auf den Umsteigestationen von Hamburg bis Kreiensen infolge des großen Andranges der Reisenden verschiedene Wagen anhängen mußte, wurden wie eine Harmonika ineinandergeschoben. Die Unglücksstätte bot in den Morgenstunden das Bild eines wüsten Trümmerhaufens, aus dem man das Stöhnen und Wehklagen der Schwerverletzten hörte. Die Bergung der Opfer aus dem Gewirr von Holz und Eisen war mit großen Schwierigkeiten verbunden. Mit einem schnell zusammengesetzten Sonderzuge wurden die Verletzten in die Kliniken zu Göttingen überführt, wo sofort alle Vorbereitungen zu ihrer Aufnahme getroffen worden waren. Der Materialschaden ist sehr groß. Auch ein Teil des Reisegepäcks und ein Teil der Brief- und Wertpost ist vernichtet worden, da auch der Post- und Gepäckwagen des aufgefahrenen Zuges in Trümmer ging. Der Lokomotivführer und der Heizer des Unglückszuges kamen mit einem Nervenschock davon. Die Aufräumungsarbeiten sind in vollem Gange, werden aber einige Tage in Anspruch nehmen.

Wie die Reichsbahndirektion Kassel zu dem Eisenbahnunglück in Kreiensen mitteilt, waren bis 4 Uhr nachm. 44 Tote geborgen.

Von den Verletzten befinden sich 33 in der Göttinger Klinik, fünf sind in Gantersheim und zwei in Kreiensen untergebracht. Von den in der Göttinger Klinik befindlichen Schwerverletzten sind inzwischen drei gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf 47 erhöht. Man hofft, daß damit die endgültige Ziffer der Todesopfer erreicht ist.

Auf Grund der vorgefundenen Ausweispapiere sind bisher

die Namen von 23 Toten

festgestellt. Es handelt sich um folgende Personen: 1. Heinrich Schlüter aus Hanau; 2. Friedrich Walkhoff aus Hannover; 3. Ehefrau Konrad Becker aus Bebra; 4. Reinhold Mahler aus Darmstadt; 5. Lohnkellner Alfred Weiz aus Stuttgart; 6. Alfred Jatho aus Hannover; 7. Elise Dörr aus Mannheim; 8. Lina Eibl aus München; 9. Schlosser Georg Schmidt aus Rosenheim in Bayern; 10. Ernst Geßlein aus Offenbach; 11. Heinrich Mauzinger aus Rosenheim; 12. Nathan Reich aus Bad Brückenau; 13. Ehefrau Günsch aus Eisenach; 14. Richard Kominie, Ingenieur in Wien; 15. Fritz Buerschaper aus Wesel; 16. Frau Volkommer, Lehrerin in München; 17. Alfred Craner aus Bamberg; 18. Wilhelm Hube aus Posen; 19. Hugo Wick aus Wien; 20. Karl Baumeister, Polizeiwachtmeister in München; 21. Lina Wagner vom Torfwerk in Ipshausen bei Westerstede; 22. Frau Lesseack aus Hamburg; 23. Wilhelm Hastidt aus Bremen.

*

Auf eine Anfrage bei der Eisenbahndirektion Berlin, weshalb derartige Unglücksfälle durch Überfahren eines Signals sich trotz der modernen Sicherungseinrichtungen immer wiederholen, wurde dem „B. T.“ mitgeteilt, daß es seit langem das Bestreben der Eisenbahningenieure ist, der Unaufmerksamkeit von Lokomotivführern durch entsprechende mechanische Maßnahmen entgegenzuarbeiten. Es sind Versuche im Gange, dem Lokomotivführer, der ein auf Halt stehendes Signal übersehen hat, auf funkentelegraphischem Wege Zeichen zu geben. Man hat auf der Strecke Berlin—Hannover magnetische Felder zwischen die Gleise gelegt, die im Bedarfsfalle mit einem magnetischen Feld auf der Lokomotive in Berührung kommen und dem Führer ein Hupensignal geben, wodurch er auf die Gefahr aufmerksam gemacht wird. Es handelt sich hierbei um die letzte und beste Lösung, an der bereits seit drei Jahren gearbeitet wird. Durch sie ist es möglich, eine Berührung herzustellen, die eigentlich keine Berührung ist im Sinne eines störenden Fahrthindernisses. Es hängt, wie die Eisenbahndirektion mitteilt, nunmehr von den Entscheidungen des zuständigen Ministeriums ab, ob dieses Sicherungsverfahren allgemein eingeführt werden soll.

Aber auch ohne die Neuerungen befindet sich das Sicherungswesen bei der deutschen Reichseisenbahn auf höchster Höhe, was allein daraus hervorgeht, daß fast sämtliche Staaten der Welt ihre Bahningenieure nach Deutschland schicken, damit sie unsere mustergültigen Einrichtungen studieren. Deutsche Stellwerke sind in der ganzen Welt in Gebrauch. Aber trotz alledem bleibt letzten Endes Menschenwerk Stückwerk, und die höchste Vollendung technischer Betriebseinrichtungen wird es nicht verhindern können, daß sich gelegentlich doch noch Unglücksfälle ereignen werden.

*

Die Zahl der Unfälle auf der Reichsbahn ist von 1914 bis 1917 ständig gestiegen: von etwa 600 Entgleisungen und Zusammenstößen (1914) auf 1319 (1917). Seitdem war sie in rascher Abnahme. Sie betrug 1920 wieder 788.

Ein Aufruf an die Landwirte.

Der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft erläßt nachstehenden Aufruf an die deutschen Landwirte:

Wir haben heute mit der Reichsregierung über die Not der städtischen Bevölkerung und die Schwierigkeiten beraten, die ihrer Versorgung mit Lebensmitteln erwachsen. Die Not in den Städten ist groß. Es fehlt insbesondere an Kartoffeln, aber auch an anderen Nahrungsmitteln. Die deutsche Landwirtschaft trägt keine Schuld an dieser Not. Infolge der Ruhrbesetzung ist die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus Mangel an Devisen so gut wie unmöglich geworden,

so daß die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft mehr als je die Grundlage unserer Volksernährung bildet.

Aber die Ernte hat sich um vier Wochen verspätet, und wo schon Vorräte zur Verfügung stehen, ist ihre Beförderung durch Streik im Transportgewerbe verzögert worden. Mit der Reichsregierung sind wir einig in der Überzeugung, daß alles darauf ankommt, der deutschen Bevölkerung über die Schwierigkeiten der nächsten Wochen hinwegzuhelfen. Obgleich die Vorräte in der Landwirtschaft im allgemeinen nur in dem Umfange vorhanden sind, der den dringendsten Eigenbedarf bis zur neuen Ernte deckt, dürfen die Städte nicht von Nahrungsmitteln entblößt bleiben. Auch unseren Brüdern an Ruhr und Rhein müssen wir helfen und ihnen im Abwehrkampf beistehen. Auf den Feldern harrt eine gute Körnerernte der Bergung. Was schon gedroschen ist und zum Verkauf kommen kann, muß unverzüglich der städtischen Bevölkerung zugeführt werden. Wo es der Reifegrad der Kartoffel gestattet, müssen sie den Verbrauchern umgehend und möglichst reichlich geliefert werden. Was in den Kräften der deutschen Landwirtschaft steht, muß jetzt geschehen.

Wer sich in dieser Zeit der Not dem Reiche versagt, schädigt die Gesamtheit des Volkes

und damit am schwersten seinen eigenen Berufsstand. Sache der Regierung wird es sein, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, damit die Erntearbeiten und der Versand ungestört vonstatten gehen und Angstkäufe vermieden werden. An alle deutschen Landwirte aber ergeht unser Ruf und unsere Mahnung: Helft, daß alles das, was ihr an Erträgnissen des Landes zum Verkauf stellen könnt, unverzüglich geliefert wird und in die Hände der Verbraucher gelangt. Die in allernächster Zeit zu erwartende Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe soll euch in die Lage versetzen, den Erlös so anzulegen, daß er euch zur Fortführung eurer Wirtschaft erhalten bleibt. Helft dem Vaterland, ihr helft damit am besten auch der deutschen Landwirtschaft.

Der „Wiederaufbau“-Skandal.

Frankreich bleibt auch in der Reparationsfrage seinem alten Rufe treu, das Land der Skandale zu sein. Wie ist nicht immer und immer wieder aller Welt das Bild der verwüsteten nordfranzösischen Provinzen vor Augen geführt worden mit dem Hintergrund der hartnäckigen Weigerung Deutschlands, seinen Wiederaufbauverpflichtungen nachzukommen. Schon hier ist am Rande zu bemerken, daß Frankreich seine Quote an den Sachlieferungen nicht abgenommen hat, und daß es bisher mit aller Gewalt verhindert hat, daß deutsche Arbeiter an dem Aufbau der zerstörten Gebiete helfen.

Zu allem Überfluß wird nun noch aus einer beachtenswerten Pariser Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ offenbar, daß mit den zum Wiederaufbau bestimmten Milliarden ein ungeheuerlicher Mißbrauch getrieben worden ist, daß die größten französischen Finanzskandale dagegen verblassen. Die Beweise hierfür sind nicht etwa irgendwelchen Gerüchten entnommen, sondern den Reden einiger französischer Deputierter in der Kammer kurz vor Beginn der Sommerferien zum Etattitel „Wiederaufbau-Ausgaben zu Lasten Deutschlands“. In der Presse Frankreichs ist von den bei dieser Gelegenheit vorgebrachten Enthüllungen über unerhörte Betrügereien, Durchstechereien und Unterschleife nichts veröffentlicht worden; dafür hat dieselbe Presse dauernd Zeter und Mordio gegen Deutschland geschrien. Nicht allein, daß die ursprünglich aufgestellte Schadensrechnung um etwa 30 Prozent zu hoch angesetzt ist — Feststellung eines Völkerrechtslehrers in der „Europe Neuvelle“ —, daß eine beträchtliche Milliardenzahl der Reparationsgelder auf unproduktive Verwaltungskosten draufgegangen ist: es sind noch größere Summen in den Händen von Schiebern hängen geblieben. Und besonders haben Angehörige von Industrie, Handel und Großgrundbesitz Dutzende von Milliarden aus den Reparationsgeldern eingestrichen, während kleine

Edith Bürkners Liebe.

Roman von Fr. Lehne.

6. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ja, Thankmar hat sie von ihm bekommen. Er ist manchmal abends bei uns — ein zu netter Mensch! — und wie herrlich er Violine spielt! Manchmal spielt Edith Klavier dazu; er lobt sie sehr; sie hätte viel musikalisches Gefühl, sagt er, und sie verstände sich ihm gut anzupassen. Da wir nicht ins Konzert gehen können, weil es zu teuer ist bietet uns das den schönsten Genuß. Die Abende, die er bei uns zubringt, sagt Waldow, seien seine schönsten Stunden. Nun es bald Winter wird, hat er viel mehr zu tun und wird jetzt seltener kommen.“

Mit Behagen sprach Frau Bürkner, dabei eifrig mit den Stricknadeln klappernd. Sie ahnte nicht, wie unangenehm, fast peinlich ihrer Tochter diese Schilderung war, die am allerletzten Martha zu hören brauchte. Zudem fühlte Edith die Augen ihrer Kusine lauernd auf sich gerichtet.

„Darf ich dir noch eine Tasse Tee anbieten, Martha?“ fragte sie, um die Kusine abzulenken.

„Gern nehme ich noch eine an. So, danke!“

Martha hielt aber am Thema Waldow fest; denn sie fragte:

„Herr Waldow muß doch aber sicherlich viel üben; stört euch, besonders Thankmar, das nicht?“

„Ich merke gar nichts davon“, entgegnete dieser, da ich mein kleines Zimmer drüben habe, und Mutter hört gern zu.“

„Willst du dir das Bild mal ansehen, Marthachen?“ fragte Frau Bürkner. „Edith kann es dir mal geben. Edith, zeig es doch Marthachen!“

Schweigend stand diese auf und nahm die Photographie vom Klavier. Sie reichte sie der Kusine. Ihre Hände zitterten dabei ein wenig.

Lange ruhten Marthas Augen auf dem Bilde, ehe sie es zurückgab.

„Ein hübscher Mensch“, bemerkte sie dabei.

„Und lustig! Immer hat er den Kopf voller Schnurren! Man muß ihm gut sein, wenn man in seine freundlichen blauen Augen sieht“, sagte Frau Bürkner weiter.

„Ihr schwärmt hier ja alle für ihn“, meinte Martha, „du dann wohl auch, Edith?“

„Schwärmen nicht — aber er ist mir sehr sympathisch“, entgegnete diese, ruhig dem Blick der Kusine standhaltend.

Martha sah nach der Uhr.

„Schon neun vorbei. Da muß ich bald gehen!“

„Wirst du abgeholt?“

„Nein, ich fahre mit der Straßenbahn; ich habe dann noch höchstens fünf Minuten zu gehen. Das Mädchen wartet gegen halb elf an der Ecke der Thornstraße auf mich. Und Thankmar hat dann wohl die Güte, mich nach der elektrischen Bahn zu begleiten — das heißt, wenn ich ihn von seinen Schularbeiten nicht zurückhalte.“

Der Jüngling sprang auf und verneigte sich.

„Wird mir eine Ehre sein! Ich habe extra fleißig gearbeitet und auf den Nachmittagsbummel verzichtet, um mich heute abend ein Stündchen bei euch ausruhen zu können.“

Während des ganzen Abends hatte Martha gehofft, Waldow zu sehen, weswegen sie eigentlich nur gekommen war. Und nun sollte diese Hoffnung unerfüllt bleiben — zu ärgerlich!

Aber sie sollte doch noch Glück haben.

Es hatte gerade halb zehn geschlagen, als es klingelte.

„Das kann niemand anders als Herr Waldow sein“, sagte Frau Bürkner lebhaft. „Vater hat doch seinen Schlüssel, wer sollte um diese Zeit sonst zu uns kommen! Nun wirst du ihn auch noch kennen lernen, Marthachen!“

Sie war darüber erfreut; denn sie bemühte sich, mit ihren Verwandten gut zu stehen und ärgerte sich manchmal über die abfälligen Urteile ihrer Kinder.

„Wer weiß, wo ihr Hildebrandts noch mal brauchen könnt; man muß sich mit niemandem unnötigerweise verfeinden“, pflegte sie zu sagen, und sie war immer sehr um die verwöhnte Nichte herum, zum stillen Ärger ihrer Kinder.

„So spät kommt Herr Waldow noch zu euch?“ fragte Martha, sich gleichgültig stellend, obwohl ihr das Herz bei dem Gedanken klopfte, den heimlich angeschwärmten Mann im nächsten Augenblick zu sehen.

Sie lauschte auf seine Stimme; er sprach auf dem Vorsaal mit Thankmar, der ihm geöffnet hatte.

Jetzt schien er aber wieder gehen zu wollen, als er hörte, daß Besuch da sei.

Da stand Frau Bürkner schnell auf, öffnete die Tür und rief:

„Aber bitte, Herr Waldow, treten Sie doch näher!“

„Ich störe ja — wie ich höre, haben Sie Besuch.“

„Nur meine Nichte, sonst niemand —“

„Ich will Sie nicht vertreiben“, rief Martha Lucian zu, als sie ihn an der Türschwelle stehen sah. „Bin ich denn so schreckenerregend?“

Da trat er ins Zimmer.

„Wenn Sie das denken, gnädiges Fräulein, möchte ich Sie doch vom Gegenteil überzeugen.“

Frau Bürkner wollte vorstellen; doch Martha sagte:

„Das ist nicht nötig, Tantchen, ich lernte Herrn Waldow schon gestern durch Edith kennen — das heißt, ich weiß nicht, ob er sich meiner noch erinnert!“

„Aber ich bitte, gnädiges Fräulein, Sie verkennen mich“, protestierte er.

Dann reichte er Edith die Hand.

„Guten Abend, Fräulein Edith; wie schauts heut' gemütlich bei Ihnen aus!“

„Vielleicht trinken Sie eine Tasse Tee mit uns, Herr Waldow“, meinte Frau Bürkner. „Meine Tochter hat erst vorhin noch einmal frischen aufgebrüht.“

„Wenn es nit zu unbescheiden ist? Nach der „Maikühle“ draußen wird sie mir sicher gut tun!“

Geschäftig bediente Edith den Geliebten, der sich das duftende Getränk gut schmecken ließ.

Nun hatte Martha mit einem Male Zeit; sie verwickelte Lucian in ein Gespräch, so daß er sich ihr widmen und seine anfangs geäußerte Absicht, gleich wieder zu gehen, aufgeben mußte.

Sie kokettierte ziemlich ungeniert mit ihm und warf ihm die vielsagendsten Blicke zu.

Er merkte wohl ihre Absicht und ward nicht verstimmt, sondern amüsierte sich darüber. Außerdem schmeichelte es auch seiner Eitelkeit, die er in reichlichem Maße besaß.

Und Edith wurde immer blasser und stiller.

Um ihren feinen, roten Mund zuckte es.

Waldow sah es wohl, und da verglich er im stillen die beiden Kusinen miteinander. Warm strömte es zu seinem Herzen, als er die Geliebte in ihrer blonden Anmut dasitzen sah und in ihrer Einfachheit, die doppelt neben der eleganten Martha hervortrat.

Was war aber der goldene Hintergrund der anderen gegen Ediths lebensvolle Schönheit? Daneben verschwand Martha vollkommen, wenn sie auch sonst nicht häßlich war.

Sie hatte eine gut gewachsene, etwas zur Fülle neigende Figur und hübsches, dunkelblondes, sehr sorgfältig frisiertes Haar. Das Gesicht war grob geschnitten, mit breiten Backenknochen und großem Mund. Die Zähne waren ziemlich groß, und gerade die Vorderzähne wiesen Goldplomben auf, die beim Sprechen und Lachen ziemlich aufdringlich wirkten.

„Ich freue mich sehr auf die Mittwochkonzerte, Herr Waldow“, sagte Martha da. „Wann fangen sie eigentlich wieder an?“

„Am ersten Mittwoch nach dem ersten Oktober, also in einigen Tagen.“

„Und Sie werden da natürlich auch wieder als Solist glänzen?“

„Ich denke.“

Wie ein Kind klatschte Martha in die Hände.

„O, wie ich mich freue! Ich habe Ihre Kunst immer schon bewundert. Musik ist doch etwas Herrliches, Einziges!“

„Sie sind sicher sehr musikalisch, gnädiges Fräulein?“

„Nicht so, wie ich es wohl gern sein möchte.“

„Ah, das liegt wohl in der Familie? Fräulein Edith spielt ja auch sehr schön Klavier.“

Etwas pikiert sah Martha bei diesen Worten vor sich hin. Sie konnte es nicht gut vertragen, daß andere, und besonders Edith, vor ihr gelobt wurden.

„Ja, das glaube ich wohl“, entgegnete sie, „aber sie macht ihre Kunst sehr rar.“

„Ich möchte nicht lästig damit fallen“, bemerkte Edith ruhig.

„Übrigens, gnädiges Fräulein, was haben Sie da für eine aparte Nadel? Ich kann sie nit genug bewundern“, sagte Lucian zu Martha.

„Wirklich? Finden Sie?“ Martha löste die Brosche vom Kleide und reichte sie ihm zur näheren Ansicht. „Sie ist ganz hübsch und auch teuer; ich habe sie mir aus Ostende mitgebracht.“

„Auch mir gefällt sie sehr, Martha. Selten habe ich so etwas Originelles gesehen. Wie fein ist das Köpfchen der Eidechse mit dem Krönchen ausgeführt“, meinte Edith.

„Ja, wenn du sie magst, behalte sie doch. Hier, nimm sie.“

„Martha, du scherzest!“

„Nein, nein, im Ernst! Ich bin glücklich, wenn ich dir mal eine kleine Freude machen kann! So nimm doch!“

„Ich danke dir, Martha, ich danke dir herzlich, aber die Brosche ist viel zu kostbar für mich.“

Um alles in der Welt hätte Edith das Schmuckstück nicht nehmen können, als sie sah, daß Marthas Großmut nur durch Lucians Gegenwart bedingt war. O, sie kannte sie zu gut — nachher würde es der Kusine doch nur leid sein.

Und daß sie mit der Ablehnung recht getan, bewies ihr des Bruders fast unmerkliches Kopfnicken.

(Fortsetzung folgt.)

Färbe zu Hause

alle Kleider, Blusen, Gardinen usw. nur mit den weltberühmten echten **Heitmann's Farben. Marke Fuchskopf im Stern.** Erhältlich in der **Zentral-Drogerie Rich. Kupper,** Merseburg.

Heitmann's Farbe spart den Färber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230801-13/fragment/page=0005

Gewerbetreibende, Rentner usw. noch heute auf Anerkennung und Prüfung ihrer Ersatzansprüche warten. Die Schamlosigkeit dieser Wucherer ging so weit, daß sie sich nicht scheuten, Vertreter in die „Kantonalkommissionen“ zu entsenden, denen die definitive Festsetzung des Zuschlages obliegt, der dem Ausgleich zwischen dem Friedenswert und den Neubeschaffungskosten entsprechen soll.

Die Regierung duldete, daß so der Bock zum Gärtner gesetzt wurde, herzhafte Griffe in die Staatskasse zugunsten von jenen Kommissionsmitgliedern nahestehenden Gesellschaften, Firmen, Verwandten und Freunden getan wurden. Ja, es ist sogar ad hoc eine Art von Genossenschaft gegründet worden, die sich berufsmäßig mit der Vertretung von Schadenersatzforderungen befaßt, die erforderlichen Unterlagen beschafft, die Ansprüche höher schraubt und sie in jenen Kommissionen durchzudrücken weiß — gegen zu Buch schlagende Provisionszahlungen! Das Ganze ein zum Himmel stinkender Skandal, dem nicht zuletzt Deutschland seine Aufmerksamkeit zuwenden muß, denn von ihm wird angefordert, was jene französischen Schieber und Wucherer unter dem Aushängeschild der „Wiedergutmachung“ an sich reißen!

Volkswirtschaftliches.

Deutsche Wirtschaftszahlen am 1. August.

Dollarstand (mittel) 1 100 000. — In Amerika 980 390.

Ein Zwanzigmarkstück = 3 Mill. Mark.
Eine Silbermark = 50 000 Mark.
Goldzollaufgeld: 5 219 900 Prozent.
Reichsbankdiskont: 18 Prozent.
Großhandelsindex vom 24. Juli: 79 462.
Reichsindex vom 23. Juli: 39 336.
Index für Bäder und Kurorte: 42 000.
Schlüsselzahl des Buchhandels: 30 000.

Devisen fest. — Dollar 1 100 000 Mark.

Im gestrigen Berliner Verkehr wickelte sich das Geschäft im Rahmen des Umfanges der letzten Tage ab. Die großen Orders haben etwas nachgelassen; dagegen ist die Zahl der kleinen Orders wieder etwas gestiegen. Die Reichsbank sah sich unter diesen Umständen veranlaßt, es bei den Kursen der vorausgegangenen Devisenbörse bewenden zu lassen, wobei auf Holland 8 Proz. zugeteilt wurden, auf Buenos Aires 25, auf Kristiania 25, auf Kopenhagen 25, auf Stockholm 20, auf Italien 15, auf London 10, auf New York 10, auf Paris 10, auf die Schweiz 12½, auf Spanien 25, auf Japan 50; Rio de Janeiro wurde voll zugeteilt.

Der Eröffnungskurs der Mark in New York wurde gestern mit 0,0085 Cts. (für 100 ℳ) gemeldet; das entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 1 176 470 ℳ.

Effektenmarkt.

Hallesche Börse.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.

Hall. Bankver.	200000	Eisenwerk Brünner	900000	Gottfried Lindner neue	—
Berl. Jduna, Feuer	—	Halle Zimmerm., St.	400000	Wegelin u. Hübner	800000
Hall. Pfännerschaft	5 Mill.	do. neue	—	do. neue	—
do. neue	—	Hall. Maschinenfabr.	2,5 Mill.	Zeitzer Maschinen	4,5 Mill.
Riebeck Montan	12 Mill.	Hall. Röhrenwerke	520000	Zuckerraffin. Halle	1 Mill.
Werschen-Weißenfels	15 Mill.	Glauziger Zucker	3,6 Mill.	Schraplauer Kalkwerke	450000
Ammendorf. Papier	2 Mill.	Körbisdorfer Zucker	1,9 Mill.	„ „ neue	—
Aktienmalzf. Könnern	1,2 Mill.	Kyffhäuser-Hütte	660000	Bruckdorf-Nietleben	—
Eilenburger Kattun	2 Mill.	Gottfried Lindner	1,4 Mill.	Diskontobank	60000

Warenmarkt.

Leipziger Produktenbörse.

(Die Preise verstehen sich für 50 Kilo netto.) Weizen, inländischer 1 900 000—2 150 000 bz. Brf., fest; Roggen, inländischer 1 400 000 bis 1 600 000 bz. Brf., behauptet; Gerste, Sommergerste, 1 600 000 bis 1 800 000; Mais 1 800 000—1 900 000; Raps 2 300 000—2 700 000 ℳ. Alle Waren bz. Brf.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

(Alles in 1000 ℳ.) Weizen, märk. 2050—2100, fest; Roggen, märk. 1400—1450, ruhig; Gerste (Sommergerste) neue 1600—1700, behauptet; Hafer, märk. 1600—1700, behauptet. Mais (ohne Provenienzangabe) frei Hamburg 1800—1850, behauptet. Weizenmehl 6950—7200, fest. Roggenmehl 4600—5000, fest. Weizenkleie 950, fest. Roggenkleie 950 bis 1000, fest. Raps 2250—2500, fest. Viktoriaerbsen 2500—3000; kleine Speiseerbsen 2400—2600; blaue Lupinen 700; gelbe Lupinen 300 bis 1000; Rapskuchen 1400; Trockenschnitzel, prompt 750; Torfmelasse 650—700; Kartoffelflocken 1100—1200.

Die Getreidepreise verstehen sich per 50 Kilo; die Mehlpreise per 100 Kilo.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Stroh und Heu.

Im nicht amtlichen Verkehr der Berliner Produktenbörse wurden heute folgende Preise notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 89—92; Haferstroh, drahtgepreßt 77—81; Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreßt 84—85; gebündeltes Roggenlangstroh 87—92; Heu, gutes, altes 62—66, neues 59—64; Heu, handelsüblich, altes 54—59, neues 54—59; Kleeheu 54—56.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Wichtiges vom Tage.

Schlußnotierung des Dollars an der New Yorker Börse: 980 390.

*

Reichskanzler Dr. Cuno hat aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Todestages des Fürsten Bismarck im Mausoleum zu Friedrichsruh einen Kranz niederlegen lassen.

*

Gegen den „Wanderapostel“ Häußer ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, da der Verdacht besteht, daß er durch Gewährung von Geldmitteln an der Flucht Ehrhardts beteiligt ist.

*

Wie aus Belgrad gemeldet wird, ist der jugoslawischen Grenzbehörde in Szabadka Mitteilung zugekommen, daß Kapitän Ehrhardt die jugoslawische Grenze bei Swinjara passiert haben soll. Die von den Behörden aufgenommenen Spuren des angeblichen Kapitäns Ehrhardt hätten sich bei Alt-Kanizs verloren.

*

In Eisenach erschienen am Montag in den späten Abendstunden drei Automobile Thüringer Landespolizei unter Führung des Landespolizeihauptmanns Worsch und verhafteten den Oberpolizeiinspektor Schuppert, den ersten Polizeibeamten der Stadt, angeblich, weil er unter dem Verdacht stünde, die Faszistenbewegung in Eisenach zu begünstigen. Erst den dringenden Vorstellungen eines Stadtrats gelang es, die Freilassung Schupperts zu erlangen. Es wurde dann noch eine Haussuchung bei dem Motorradrennfahrer Schwarze vorgenommen.

*

Der königlich großbritannische Botschafter Lord D'Abernon ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

*

In Williamstown (Nordamerika) hielt am Montag Graf Harry Keßler eine Rede, in der er einen Bürgerkrieg in Deutschland prophezeite, dem französische und russische Einmischung mit weiteren Kriegen folgen würden, wenn nicht England und Amerika in wirtschaftlicher Weise vermittelten. Keßler wird seine Vorträge fortsetzen.

*

Nach einer Meldung des „Intransigeant“ soll man den Streik von 150000 amerikanischen Bergleuten auf den Anthrazitgruben befürchten. Die Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Kohlenbergleuten sind bereits abgebrochen worden.

An unsere Postbezieher!

Der Verlag sieht sich infolge der unaufhaltsam fortschreitenden allgemeinen Teuerung gezwungen, den **Postbezugspreis** für den „Merseburger Korrespondent“ für den Monat **August** als **freibleibend** zu bezeichnen. Die Erhöhung des Bezugspreises ist unbedingt notwendig. Eine Aufforderung zur Leistung der Nachzahlung geht den Postbeziehern bis spätestens zum 6. d. Mts. zu. Der bisher eingezahlte Betrag gilt nur als Anzahlung.

Verlag des „Merseburger Korrespondent“.

Die neue Währung.

Auch die zweite Aktion der Regierung und Reichsbank zur Stützung der Mark, die Devisenzwangswirtschaft scheiterte. Sie hat Folgen gezeitigt, die weit gefährlicher sind, als der freie Lauf der Devisenwirtschaft gehabt hätte. Sie hat unseren finanziellen Kredit im Ausland vollends untergraben, sie hat unsinnige Vorstellungen über die allgemeine Kapitalkraft und den Wohlstand bestimmter Einzelschichten erwecken lassen, sie hat die Folge gehabt, daß zu den viel zu niedrigen Zwangskursen Devisenbesitzer keine Devisen abgaben, daß wir nunmehr unmittelbar vor der Gefahr einer Hungersnot und der Stillegung zahlreicher auf Auslandsrohstoffe angewiesener Betriebe stehen. Es läßt sich also in der Tat nicht bestreiten, daß die Maßnahmen zur Markstützung gerade das Gegenteil der angestrebten Wirkung erreicht haben. Dadurch ist aber das herrschende Unheil nicht hervorgerufen, sondern nur verschärft worden. In Wirklichkeit ist es die ins Uferlose gesteigerte Inflation, die sich jetzt überschlägt und zunächst das Geldsystem, dann das Wirtschaftssystem funktionsunfähig macht.

Um einen Ausweg aus diesem Wirrwarr zu finden, müssen notwendigerweise neue Grundlagen gesucht werden, auf denen eine Gesundung unserer Geldwirtschaft und damit des ganzen Wirtschaftssystems wieder eintreten kann.

Der Weg zur Entwirrung ist im kleinen bereits gezeigt worden durch das Bestreben nach Einführung von Goldkonten, Berechnung von Indexpreisen usw. Das Grundlegende all dieser Bestrebungen ist der Schrei nach Wertbeständigkeit. Je schwankender und unübersichtlicher die Verhältnisse wurden, desto allgemeiner wurden die Bemühungen auf Einführung einer wertbeständigen Rechnungsweise. Jetzt rechnet nach dieser Methode nicht nur der größte Teil des Gewerbes, sondern auch die Arbeiterschaft, deren Wunsch nach wertbeständigen Löhnen wohl unmittelbar vor der Verwirklichung steht. Auch der Staat beginnt jetzt mehr und mehr das jetzige gesetzliche Währungsmittel, die Mark, preiszugeben. Schon lange hatte er sogen. wertbeständige Anleihen herausgegeben. Für seine jetzige Stellungnahme sind kennzeichnend die Forderung nach Einführung von wertbeständigen Steuern sowie die Ankündigung, daß die Reichsbahn vom September ab zu Festmarktarifen übergehen will, ein Schritt, aus dem ohne weiteres alle jetzt noch in Papiermark rechnenden Personen und Bevölkerungsschichten die Folgerung ziehen werden.

Daß man bisher von der Einführung sogenannter Goldkonten bei den Banken abgesehen hat, lag daran, daß die Befürchtung vor allem von der Reichsbank geltend gemacht wurde: die Goldkonteninhaber möchten in Papiermark à la hausse spekulieren. Die Berechtigung dieser Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen. Könnte diese Gefahr aber nicht vermieden werden dadurch, daß Bestimmungen getroffen werden, wonach die Goldkonten nur zu einem Goldscheckverkehr benutzt werden und Papiermarkbeträge nur in ganz bescheidenem Maße auf täglichen Abruf zur Verfügung stehen, ferner dadurch, daß Vorkehrungen getroffen werden, die verhindern, daß bei einer plötzlichen Verbesserung der Mark sämtliche Goldkonteninhaber ihre Goldkonten auflösen und zur Papiermark zurückkehren.

Die Reichsbank hat denn auch endlich ihren Widerstand gegen die Goldmarkberechnung aufgegeben, und die Regierung beabsichtigt, jetzt nun alles zu tun, um die allgemeine Einführung der Goldmarkrechnung vorzunehmen. Sie dürfte in dieser Hinsicht auch dadurch unterstützt werden, daß die Sparkassen durch Zeichnung auf die Goldanleihe in der Lage sein werden, den breiten Volksschichten Goldkonten in jeder beliebigen Höhe zu eröffnen.

Schon kommt die Nachricht, daß bereits die Rückkehr zur Goldwährung beschlossen ist. Das würde im wesentlichen vor der Hand keine großen Änderungen hervorrufen, da dieser Beschluß in der Tat praktisch vielfach nichts Neues, sondern nur eine Anerkennung bereits bestehender Zustände bedeuten würde. Und doch wird die vorerst folgende Übergangswirtschaft auf unsere Volkswirtschaft schwerwiegende Folgen haben, vor allem bei Anpassung der Ziffern an den Goldpunkt, die bisher davon am weitesten entfernt waren, z. B. die Gehälter der Beamten und Arbeiter, die Kleinverkaufspreise. Es würde damit der Unterschied zwischen Wiederbeschaffungspreis und Gestehungspreis fallen. Der deutsche Exporthandel wird aufs schwerste getroffen werden. Aber eine Übergangswirtschaft ist nie ein Ideal. Sie muß überwunden werden, um das Ziel, die Sparsinn weckende Wertbeständigkeit zurückzugewinnen, und dazu darf kein Opfer zu groß sein.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 30 — Mittwoch, den 1. August — 1923

46] **Vergnügungssteuer.**

Der von den städtischen Körperschaften unterm 19./25. Juni 1923 — V. 1523/23 — beschlossene III. Nachtrag zur Vergnügungssteuerordnung ist von dem Bezirksausschuß unterm 13. Juli 1923 — B. A. 3866 — genehmigt. Der Nachtrag liegt an Amtsstelle zur Einsicht aus.

Merseburg, den 26. Juli 1923.

Der Magistrat.

V. 2182/23.

Ehrengabe.

Die bedürftigsten derjenigen Kriegsveteranen, die im Unteroffizier- oder Mannschaftsstande des Heeres oder der Marine an dem Feldzuge von 1870/71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben, erhalten nach dem Beschluß der städtischen Behörden eine Ehrengabe, welche am 2. September d. Js. zur Auszahlung gelangen soll.

Wir ersuchen die in Frage kommenden Kriegsveteranen, sich in der Zeit vom 3. bis einschl. 6. August d. Js. vormittags mit Militärpaß, Besitzzeugnis der Kriegsdenkmünze für Kombattanten sowie Steuerausschreiben im Militärbüro, Rathaus 1 Treppe links, Zimmer 12 zu melden.

Merseburg, den 28. Juli 1923.

Der Magistrat.

IV 1628/23.

II. Nachtrag zur Grundwertsteuerordnung.

Der II. Nachtrag zur Grundwertsteuerordnung vom 3. 5. 1922 ist vom Bezirksausschuß am 4. 7. 1923 — B. A. 3656 — genehmigt worden. Der Nachtrag hängt vom 2. bis 10. 8. 1923 im Rathaus am Markt aus.

Merseburg, den 30. Juli 1923.

Der Magistrat.

V. 2345/23.

II. Nachtrag zur Wertzuwachssteuerordnung.

Der II. Nachtrag zur Wertzuwachssteuerordnung vom 3. 5. 1921, nach dem der Geldentwertung Rechnung getragen wird, ist vom Bezirksausschuß am 4. 7. 1923 — B. A. 3644 — genehmigt worden. Der Nachtrag hängt vom 2. bis 10. 8. 1923 im Rathaus am Markt öffentlich aus.

Merseburg, den 30. Juli 1923.

Der Magistrat.

V. 2431/23.

Betr. Unterbringung von Kindern in Familien.

Wir suchen für mehrere Kinder — 3 Knaben im Alter von 10 bis 13 Jahren, 2 Mädchen im Alter von 7 bezw. 12 Jahren und 3 kleinen Kindern im Alter von 1 bis 3 Jahren — Pflegestellen in geeigneten Familien. Da die Kinder zum Teil ohne jeden Anhang sind, könnten sie auch als Eigen angenommen werden. Es handelt sich bei den größeren Kindern um gesunde kräftige Kinder, welche in gewissen Grenzen zu einer Beschäftigung mit herangezogen werden können.

Meldungen von Familien, welche die Absicht haben, ein solches Kind bei sich aufzunehmen, werden im neuen Rathaus — Jugendamt — Zimmer 18 entgegengenommen.

Merseburg, den 31. Juli 1923. Tgb. Nr. IV. 1951/23.

Der Magistrat. — Jugendamt.

Krankenhaus-Gebühren.

Die Verpflegungssätze werden mit Wirkung vom 20. Juli 1923 ab um weitere 50 % in allen Klassen erhöht.

Für alle sonstigen Leistungen wird ein Zuschlag von 100 % der jetzt bestehenden Sätze erhoben.

Vom 1. August ab tritt eine weitere Erhöhung aller Verpflegungssätze um 100 % ein.

Der neue Nachtrag hängt an Amtsstelle aus.

Merseburg, den 24. Juli 1923.

Der Magistrat.

IV. 1804/23.

Hebammenstelle.

Die Ortssatzung betr. die Bildung einer Hebammenstelle vom 20. Februar 1923 — IV 1101/23 — nebst Nachtrag vom 19./25. Juni 1923 — IV 1101/23 — ist unterm 10. Juni d. Js. vom Bezirksausschuß hier genehmigt worden. Sie hängt zu Jedermanns Einsicht im Rathaus aus.

Merseburg, den 31. Juli 1923.

Der Magistrat.

IV 1841/23.

Handelsverbot.

Dem Rohproduktenhändler Otto Dietze in Merseburg, Weiße Mauer 38 wird auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. Sept. 1915 (R.G.Bl. S. 603) der Trödelhandel, insbesondere der Handel mit Metallen jeder Art und zwar auch in der Form mittelbarer oder unmittelbarer Beteiligung an einem solchen Handelsbetriebe wegen Unzuverlässigkeit untersagt.

Merseburg, den 30. Juli 1923.

Die Polizeiverwaltung.

P III 359/23.

Teuerungszuschlag für Schornsteinreinigung.

Zu den in der Gebührenordnung für die Tätigkeit des Schornsteinfegermeisters im Stadtkreis Merseburg vom 3. Oktober 1922 — Amtsblatt der Stadt Merseburg, Stück 65 — festgesetzten Gebühren für die Reinigung der Schornsteine, Kamine usw. treten folgende Teuerungszuschläge:

vom 23. Juli 1923 ab . . . 15 000 vom Hundert
vom 30. Juli 1923 ab . . . 21 000 vom Hundert
und vom 6. August 1923 ab . 25 000 vom Hundert

Merseburg, den 26. Juli 1923.

Die Polizei-Verwaltung.

P. III. 352/23.

Infolge der sprunghaften Kohlenpreissteigerungen und Lohnerhöhungen werden für den Ablesemonat Juli folgende Preise in Anrechnung kommen:

Privatgas	M. 10 000 je cbm
Leihmünzgas	M. 11 000 je cbm
Wasser	M. 6 000 je cbm
Lichtstrom	M. 13 000 je Kwst.
Kraftstrom	M. 11 000 je Kwst.
Doppeltarif I	M. 13 500 je Kwst.
Doppeltarif II	M. 10 500 je Kwst.

Für die für Monat Juli ausgegebenen Gasmünzen ist für je ein Stück der Betrag von M. 4 200 an die Geldheber nachzuzahlen.

Für Messermieten und sonstige Gebühren kommt das Zehnfache der bisherigen Beträge in Anrechnung.

Die Beträge für Wasserverbrauch werden monatlich erhoben, derart, daß zunächst 1/4 des bisherigen Vierteljahresverbrauchs berechnet wird und erst im letzten Monat des laufenden Vierteljahres endgültige Verrechnung auf Grund der Ablesung erfolgt.

Angesichts der überstürzten Geldentwertung müssen die Werke auf umgehenden Eingang der Beträge sehen und bitten deshalb ihre Abnehmer um jeweils sofortige Begleichung der Rechnungen. Irgendwelches Ziel kann nicht eingeräumt werden, sodaß mangels Zahlung die bestehenden Spermaßnahmen streng durchgeführt werden müssen.

Merseburg, den 1. August 1923.

Die Verwaltung der städt. Werke.

Nr. D 213/23.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Zement heute frisch eingetroff.
Bildhauerei Bielig, Gartenstr. 11/17.

Weiße Kaninchen
4—6 Mon. alt, zu kauf. ges. Ang. u. 1977 a. d. Exp. d. Bl.

Harmonium zu kauf. gesucht. Angeb. m. Preis unt. 1975 an die Exped. d. Bl.

Wein- und Likörflaschen
kaufen zu höchst. Preisen
Gebr. Schwarz Nachf.
Kl. Ritterstr. 10.

Zahle für
ausgekämmtes Damenhaar,
ohne grau, hohe Tagespreise kg 150 000 Mark.
Alfred Kluge, Friseur, Bahnhofstraße 8.

Zur gefälligen Beachtung!!

Alle Anzeigen-Aufträge müssen deutlich geschrieben sein. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts braucht für Druckfehler in einer Anzeige, die infolge unleserlicher oder undeutlicher Schrift entstanden sind, kein Ersatz geleistet zu werden. Für Irrtümer in telephonisch aufgegebenen Anzeigen lehnen wir jede Haftung ab.

„Merseburger Korrespondent“
Nebenausgabe: „Schafstädter Zeitung“.
Anzeigen-Abteilung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230801-13/fragment/page=0006
DFG

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. **Bezugspreis** halbmonatl. 48000 M. frei Haus, fällig bei Vorzeig. der Quittung: Abweisung nur statthaft bei Auflage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. halbmonatl. 47000, wöchentlich 24000 M. — **Postbezug** monatlich. — Einzelnummer 4000 M., bei 8 Seiten 5000 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg, der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatl. erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 2000 M., im Reklameteil 8000 M., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 6000 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 178 — Mittwoch den 1. August 1923. — 50. Jahrg.

Was uns nottut!

Für die innerpolitische Krise, die von einem Teil der Presse in den letzten Tagen als Gespenst an die Wand gemalt worden ist, liegt gar kein Anlaß vor. Eine Krise besteht auch, parlamentarisch gesehen, nicht. Denn der Hintergrund der parlamentarisch-politischen Lage ist die Währungsnote vom 14. November 1922, die vom Kabinett Wirth verfaßt, von der Regierung Cuno als Richtschnur für ihre Politik genommen wurde. Diese Note war zustande gekommen auch unter der Mitarbeit der heute in der Opposition stehenden Parteien. Gleichfalls wird die außenpolitische Linie, die das Kabinett Cuno seit dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet eingenommen hat, von allen Parteien bis einschließlich der Deutschen Volkspartei nach rechts und einschließlich der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei nach links gut geheißen. Diese so festgelegte außenpolitische Linie ist aber der Schwerpunkt unserer gesamtpolitischen Lage, so daß, von hier aus gesehen, kein Grund zu einer Regierungskrise oder gar parlamentarischen Krise vorliegt; ganz abgesehen davon, daß eine solche Krise uns im Moment nur schaden kann. Völlig getrennt davon ist die Frage zu entscheiden, ob wir an dem Zeitpunkt angekommen sind, der eine Erweiterung der parlamentarischen Tragfläche der Regierung erheischt. Diese kann nur in der Richtung der Großen Koalition liegen.

Wenn nun trotzdem in der Presse gegen das Kabinett, insonderheit gegen einige seiner Mitglieder, Vorwürfe erhoben werden, so sind diese sachlich berechtigt. Es ist nicht wahr, daß solche Vorwürfe uns außenpolitisch schädigen und die Regierung diskreditieren; denn im Ausland pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß unsere verantwortliche Politik es an der nötigen Initiative hat fehlen lassen. Man darf wohl annehmen, daß der Regierung durch Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern in der letzten Zeit nahegelegt worden ist, mehr Tatkraft zu zeigen. Es spricht im Gegenteil für die außenpolitische Disziplin der deutschen Presse, daß sie bisher darauf verzichtet hat, in aller Öffentlichkeit Vorwürfe gegen die Regierung zu erheben, nachdem man schon wochenlang in der gerade uns gegenüber objektiv eingestellten Presse des Auslandes diese Vorwürfe lesen konnte.

Es ist verständlich, daß die Kritik sich in erster Linie gegen die Regierung gewandt hat; es ist aber ebenso richtig, daß von dieser Kritik der Reichstag mit betroffen ist. Ja, hier hat überhaupt der Hebel einzusetzen.

Diese Erkenntnis führt dazu, daß die parlamentarisch verantwortlichen Kreise ein Manko an politischer Einsicht und rechtzeitiger Entschlußkraft für sich buchen können. Geht man den Ursachen dieses Mangels an politischer Initiative nach, so wird man notwendigerweise zu einer Kritik unserer Parteien selbst geführt. Derselben Parteien, die die Wahlpropaganda zu dem jetzigen Reichstag gemacht haben. Diese Parteien sind schablonenmäßig aus einer aristokratischen Republik (1871 bis 1918) in eine demokratische Republik (seit 1919) übernommen worden; sie befinden sich allesamt in einem inneren Umschichtungsprozeß, der allein schon durch die verschiedene politische Lage und Struktur des Deutschen Reiches bedingt ist. Neben der personellen Zusammensetzung des Reichstages ist letzten Endes die überlebte und von der politischen Entwicklung überholte Parteigruppierung die Ursache unserer Krankheit. Sicher finden sich heute in allen politischen Parteien Männer, die bereit sind, die größte Verantwortung zu übernehmen für eine konsequent durchzuführende Staats- und Volkswirtschaftspolitik, wenn nicht die — veralteten Parteischranken, eine zu weit getriebene Parteidisziplin sie an die Parteiprogramme bänden. Dies ist, nebenbei gesagt, auch der Grund, weshalb die politisch nüchtern denkende Jugend den Parteilagern der Mitte fernbleibt. Es wird ihnen eines Tages der Nachwuchs fehlen, und sie werden dann notwendigerweise von den Flügelgruppen zerrieben werden. Es ist deshalb die Aufgabe dieser Männer, die Parteirücksichten dort außer acht zu lassen, wo die politischen Notwendigkeiten es erfordern. Wo heute noch Opposition ist, muß morgen Regierungsmöglichkeit sein, d. h., die Opposition muß Verantwortungsbewußtsein bekommen.

Was uns nottut, ist nichts anderes, als daß jene Männer sich zur Führung einer unserer politischen Lage gerecht werdenden Politik zusammenschließen, sich über die Parteigrenzen hinaus die Hände reichen. Sie werden es tun müssen, wenn sie vor ihrem Gewissen bestehen wollen; denn nur seinem eigenen Gewissen ist der Volksvertreter verantwortlich, andere Auftraggeber gibt es für ihn nicht, auch seine Wähler sind keine. Gelingt ein derartiger Zusammenschluß, dann braucht man auch keine Sorge zu haben, daß eine Finanz- und Wirtschaftspolitik befolgt wird, die zu unerträglichen Konsequenzen führt. Der Wille zur Nation muß sich in erster Linie in dem legislativen Staatsorgan verkörpern, die dauernde Wechselwirkung zwischen dem Gemeingeist eines Volkes und der Individuen sorgt dann schon von selbst dafür, daß dieser Wille sowohl in der Gesamtheit wie in der Einzelperson wach bleibt.

Heute, am 1. August, vor neun Jahren, war der erste Mobilmachungstag für das deutsche Volksheer. Damals waren Staat und Vaterland, Volk und Nation zu einer selbstverständlichen Einheit jedem Deutschen verschmolzen; sorgen wir dafür, daß uns dieses Bewußtsein trotz gänzlich veränderter Lage wiederkehrt; denn nur dann wird das Deutsche Reich lebensfähig bleiben. R.

*

Starke Regierung.

Hamburg, 1. Aug. Senator Dr. Petersen, der Führer der Deutschen Demokratischen Partei, schreibt im „Hamburger Fremdenblatt“ am Schluß eines Leitartikels: „Alle Parteien, die bereit sind, im Interesse der Gesamtheit und einer einmütigen Willensbildung ihre Sonderwünsche und ihre parteipolitischen Ansprüche zurückzustellen, müssen die volle Verantwortung übernehmen. Daher wünsche ich mir eine Stärkung der Regierung; sie möge ihr Programm klar, unzweideutig darlegen, sie möge beweisen, daß sie entschlossen ist, dieses Programm schnell und ohne Hemmungen durchzuführen und möge dann den Reichstag in den nächsten Wochen vor die klare und unzweideutige Entscheidung stellen, ob er gewillt ist, ihr das Vertrauen in verantwortlicher Mitarbeit zu erhalten oder zu entziehen.“

England wird allein antworten!

London, 1. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) In der gestrigen Sitzung des Kabinetts, in der die Reparationsfrage erörtert wurde, soll Einigkeit darüber erzielt worden sein, daß die französische und belgische Note keine Aussicht auf das Zustandekommen einer gemeinsamen Antwort an Deutschland hoffen lasse. Um diese Antwort im Parlament am Donnerstag besser begründen zu können, will die Regierung bis Donnerstag morgen alle Schriftstücke, die zwischen den Alliierten ausgetauscht worden sind, als Weißbuch drucken lassen.

In unterrichteten politischen Kreisen wird allgemein angenommen, daß das Kabinett wahrscheinlich beschließen wird, den englischen Entwurf einer Antwortnote an Deutschland nur mit der Unterschrift Englands nach Berlin zu schicken.

Italien wird eine gesonderte Antwort an Deutschand senden,

weil die italienische Regierung den Standpunkt vertritt, daß eine befriedigende Regelung der Reparationsfrage nur dann erreicht werden kann, wenn gleichzeitig die Frage der interalliierten Schulden geregelt wird, während die englische Regierung zuerst eine Regelung der Reparationsfrage fordert, der dann Verhandlungen über die Schulden- und Sicherungsfragen folgen können.

Die Tagesordnung der ersten Reichstagssitzung.

Berlin, 1. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung, die für Mittwoch den 8. August, nachmittags 3 Uhr, anberaumt ist, steht vorläufig die erste Lesung des Rhein- und Ruhr-Opfers und der Entwurf eines Steuerzinsgesetzes. Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen Steuervorlagen und die Goldanleihe, die in diesen Tagen die endgültige Fassung durch das Reichskabinett erhält, ebenfalls auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen werden. Voraussichtlich wird nicht nur der Reichsfinanzminister Dr. Hermes diese Vorlagen als Ressortminister begründen, sondern wahrscheinlich wird auch der Reichskanzler selbst das Wort ergreifen, um die Auffassung der Regierung über die allgemeine innen- und außenpolitische Lage vor dem Parlament zu vertreten.

Die vom Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Unterredung mit dem Reichskanzler Cuno beauftragten Vertreter werden heute nachmittag von dem Reichskanzler empfangen werden. Zur Erörterung steht die allgemeine innen- und außenpolitische Lage.

Frankreichs Interesse an der Krise.

Paris, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Die Berliner Berichterstatter der Pariser Presse beschäftigen sich eingehend mit der inneren Lage in Deutschland und sagen alle eine Krise des Kabinetts Cuno voraus. Der Mitarbeiter des „Echo de Paris“ meint, Deutschland befinde sich augenblicklich in einer jener tragischen Lagen, in denen die Charakterstärke eines Volkes sich beweise. Es sei die Stunde, wo, um ihr Land zu retten, energische Männer plötzlich auftreten und mit fester Hand das Steuer eines Schiffes ergreifen, das dem Abgrund zufährt. Für Deutschland seien Männer von Wert notwendig. Aber diese Nation von 60 Millionen Einwohnern, so schreibt der Berichterstatter, gibt der Welt das Schauspiel ihrer politischen Ohnmacht und Mittelmäßigkeit. Kein Mensch von Genie erscheint am Horizont, um das Land zu retten. Die Deutschen haben sich als Großindustrielle, als Erfinder und Gelehrte erwiesen, aber der politische Sinn fehlt ihnen vollkommen. Sie haben noch nicht das Joch abgeschüttelt, unter das die Herrschaft des Kaisertums sie gebeugt hatte. Der einzige Mensch, heißt es in der Meldung, der vielleicht die Lage ändern könne, sei Dr. Stresemann. Aber hierzu müßte er die notwendige Macht haben, um die nationalistische Meute in Stich zu halten. Stresemann hat oft die Notwendigkeit einer Einigung mit den Sozialisten betont. Er ist der einzige Mann, der augenblicklich die große Koalition auf die Füße stellen könnte.

Möbelraub bei Zechendirektoren

Essen, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Die Franzosen haben heute eine Reihe von Zechendirektoren zur Einziehung von Geldstrafen gepfändet. Eine Anzahl von Lastkraftwagen fuhr vor den Privatwohnungen der Betroffenen vor und schaffte die Möbel fort.

Kabinettsumbildung in Jugoslawien.

Belgrad, 1. Aug. (WTB.) Ministerpräsident Pasitsch unterbreitete dem König den Antrag auf Rekonstruktion des Kabinetts.

Dollar unverändert.

Berlin, 1. Aug. (Priv.-Telegr.) Der amtliche Dollarkurs stand heute mittag auf 1 100 000 Mark.

Regierung und Sozialdemokratie.

Breslau, 1. Aug. Zu der Frage der Regierungsumbildung und eines möglichen Eintritts der Sozialdemokratie in das Kabinett nimmt die dem Reichstagspräsidenten Löbe nahestehende Breslauer „Volkswacht“ Stellung. Von Interesse ist der von der durch Hermann Müller im Berliner „Vorwärts“ vertretenen Ansicht abweichende radikalere Standpunkt. Das sozialdemokratische Organ glaubt zwar auch, daß im gegenwärtigen Augenblick angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament und im Volke selbst doch eine bürgerlich-sozialistische Koalition notwendig ist, da eine Regierung ohne breitere parlamentarische Grundlage zur Schaffung sofort notwendiger Rettungsmaßnahmen kaum die erforderliche Kraft haben würde, erklärt jedoch, daß die Sozialdemokratie nur dann in die Regierung eintreten könne, wenn ihr von den anderen Parteien ein klares Regierungsprogramm mit den Hauptpunkten: sofortige Maßnahmen zur Erfassung der Sachwerte und sofortige Antragstellung auf Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zugestanden würde.

Zur innerpolitischen Lage.

Fortsetzung der Besprechungen über die Ernährungslage.

Berlin, 1. Aug. Gestern fand unter Vorsitz des Kanzlers eine eingehende Besprechung der gesamten Ernährungslage und der Versorgung der Städte mit den Vertretern der Organisationen statt, an der der Reichsernährungsminister und andere Kabinettsmitglieder teilnahmen. Nach den übereinstimmenden Äußerungen der Vertreter der Landwirtschaft kann mit einer guten Brotgetreideernte gerechnet werden. Ferner bestehe begründete Hoffnung auf baldige Besserung der Kartoffelversorg[illegible]ung bestehen besonders [illegible]dslieferungen Schwierigk[illegible]chterung auf diesem Geb[illegible]hbank geführt werden, ste[illegible]rsprach, nachdrücklich au[illegible]gel und durch Transporta[illegible] hinzuwirken. Die Vertre[illegible]glichkeit einer wertbeständ[illegible]irtschaftlichen Erzeugnisse[illegible]gierung, eine wertbeständ[illegible]e versprachen, ihre Beruf[illegible] tun, um die Versorgung [illegible]

Die B[illegible]nleihe des Reiches, üb[illegible]mittelbar vor dem Abschlu[illegible]leihe eine besondere Fu[illegible]regierung ermächtigt we[illegible] auch für das Kapital, Zu[illegible]en. Die Anleihe wird [illegible]elche jetzt gezeichnet we[illegible]rbschaftssteuer be[illegible]von 1, 5 und 10 Dollar, [illegible] Einzahlungen sind auch i[illegible]es Newyorker Wechselkurse[illegible] werden noch besondere [illegible]

Bei vie[illegible]er entstanden, ob Markforderungen des Betriebsvermögens von der Vermögensabgabe zur Sicherung der Brotversorgung befreit sind. Hierzu führt der Reichsfinanzminister im Erlaß vom 23. 7. 23 aus:

Bestandteile des Betriebsvermögens, die bestimmungsgemäß in dauerndem Umlauf befindlich sind und deren jeweilige Höhe daher mit der Markentwertung fortlaufend Schritt hält, können auch dann nicht als abgabefrei angesehen werden, wenn sie an dem für die Zwangsanleihe maßgebenden Stichtag aus Markwerten bestanden. Dies gilt insbesondere für Warenschuldforderungen oder ähnliche kurzfristige Forderungen gegen Kunden. Diese stammen aus der Veräußerung von Waren oder sonstigen Sachwerten des umlaufenden Betriebsvermögens und sind dazu bestimmt, alsbald nach Realisierung wieder in Waren u. dgl. umgewandelt zu werden. Es handelt sich also um Vermögen, das sich nur ganz vorübergehend bis zur Neubeschaffung der Waren u. dgl. als Markwert darstellt. Es würde dem Zweckgedanken des Gesetzes widersprechen, wenn derartiges Vermögen nur deswegen abgabefrei bleiben würde, weil es zufällig am Stichtage nicht in Waren u. dgl. angelegt war, während dies am nächsten Tage schon wieder der Fall sein kann.

Weitere Erhöhung der Postgebühren.

Das Reichspostministerium hat, wie wir erfahren, dem Verkehrsbeirat eine neue Gebührenvorlage zugehen lassen, **die am 1. September eine Verdreifachung der am 1. August einzuführenden Gebühren vorsieht.** Es wird anzunehmen sein, daß eine weitere Erhöhung der Postgebühren baldigst zu erwarten ist, wenn nicht eine unerwartete Besserung unserer Währung Platz greifen sollte. Wahrscheinlich wird man darauf kommen, eine Grundgebührenskala aufzustellen und dann einen Multiplikator einzuführen, der sich in kurzen Zwischenräumen der Geldentwertung anpassen läßt. Die Verhandlungen darüber dürften im Laufe des August aufgenommen werden.

Devisenbeschaffung zur Versorgung der besetzten Gebiete.

Vertreter des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete hatten laut „Allg. Ztg.“ Dienstag vormittag eine Besprechung mit Vertretern der Reichsbank über die Frage der Devisenbeschaffung zur Versorgung der besetzten Gebiete mit Lebensmitteln. Die Vertreter der Reichsbank sagten zu, daß die angeforderten Devisen von jetzt an in vollem Umfange zugeteilt werden sollen.

*

Streiks und Lohndifferenzen.

Streikbewegung in Essen.

Wie die Blätter aus Essen melden, ist im Oberhausener Bezirk eine neue Streikbewegung ausgebrochen. Die Oberhausener Bergarbeiter fordern eine einmalige Beihilfe von 5 Millionen Mark. Die Kommunisten treiben eine lebhafte Propaganda für eine gemeinsame Aktion der Bergarbeiter.

Streik der Hamburger Kaiarbeiter.

Hamburg, 1. Aug. Den Blättern zufolge haben die Kaiarbeiter des Hafens gestern vormittag wegen Lohndifferezen die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden fordern in erster Linie die Auszahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe von einer Million Mark.

Beilegung des Breslauer Metallarbeiterstreiks.

Breslau, 1. Aug. Auf Grund einer gestern in den einzelnen Streikbüros vorgenommenen Urabstimmung der ausständigen Metallarbeiter wurde der „Br. Z.“ zufolge beschlossen, die den Arbeitnehmern nach den am Sonnabend zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abgehaltenen Verhandlungen gemachten neuen Vergleichsvorschläge anzunehmen. Die Arbeit soll heute, spätestens morgen wieder aufgenommen werden.

Kurzer Streik der Berliner Buchdrucker.

Berlin, 1. Aug. Die Berliner Buchdrucker sind gestern vormittag wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten, der aber inzwischen beigelegt ist. Die Abendblätter sind mit Ausnahme des Vorwärts und des christlichen Gewerkschaftsblattes „Der Deutsche“ mit etwa zweistündiger Verspätung erschienen.

Die Antwortnoten in London.

Frankreich setzt die alte Verschleppungstaktik fort.

Während Frankreich und Belgien schriftliche Antworten an England geschickt haben, hat der italienische Botschafter in London nur die mündliche Zusicherung gegeben, daß die italienische Politik sich im wesentlichen mit der englischen deckt. Die japanische Antwort ist bisher noch nicht eingelaufen, sie dürfte aber in der Linie der italienischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230801-13/fragment/page=0007